

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 9

September 1951

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Neue Bemühungen um „finanzielle Stabilität“ — Drastische Kürzung der ERP-Hilfe — Steigende Inlandspreise erschweren Exportausweitung

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion; Korrektur des Produktionsindex — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Analyse des Schweinemarktes

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Internationale Wirtschaftszahlen (*Weltmarktpreise*)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Neue Bemühungen um „finanzielle Stabilität“ — Drastische Kürzung der ERP-Hilfe — Steigende Inlandspreise erschweren Exportausweitung

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat gegenwärtig — knapp drei Monate nach dem fünften Preis-Lohn-Abkommen — wieder mit akuten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die starken sekundären Preisreaktionen auf das Juliabkommen und die Ankündigung neuer Lohnforderungen nähren in weiten Kreisen die Befürchtung eines neuen Preis-Lohn-Auftriebes. Landwirte und gewerbliche Produzenten neigen dazu, Waren zurückzuhalten, viele Verbraucher versuchen, sich noch rechtzeitig billig einzudecken.

Auf diese an sich labile Preis-Lohn-Situation fällt nun der Schatten der alle pessimistischen Voraussetzungen übertreffenden Kürzung der ERP-Hilfe.

Das Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten, das mit der Ausarbeitung des österreichischen Import-Export-Programmes befaßt ist, hatte ursprünglich den Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz für das Jahr 1951/52 auf 190 Mill. \$ geschätzt. Schon die globale Kürzung des Auslandshilfsprogrammes durch den amerikanischen Kongreß ließ befürchten, daß dieser Fehlbetrag nur teilweise durch ERP-Hilfe gedeckt werden würde. Immerhin hoffte man, unter Hinweis auf die besonders schwierige Lage der österreichischen Wirtschaft, im Marshall-Plan-Jahr 1951/52 noch eine Hilfe in der

Größenordnung von 150 Mill. \$ zu erhalten. Selbst unter dieser Annahme war es für das Büro äußerst schwierig, Exportmöglichkeiten und Importnotwendigkeiten miteinander in Einklang zu bringen. Die nunmehr von der ECA zunächst als Arbeitshypothese¹⁾ für die Erstellung des Export-Import-Programmes 1951/52 genannte Zahl von 100 bis 120 Mill. \$ wirft jedoch alle bisherigen Berechnungen über den Haufen. Sollte es nicht gelingen, doch noch eine Erhöhung der ERP-Hilfe zu erwirken, könnten nur größte Anstrengungen ernste Rückschläge in Produktion, Beschäftigung, Verbrauch und Investitionen verhindern.

Angesichts der bedenklichen Preis-Lohn-Entwicklung haben die drei Wirtschaftskammern sowie Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Vereinigung Österreichischer Industrieller ein — allerdings unverbindliches und nur unter verschiedenen Bedingungen gültiges — „Stillhalteabkommen“ gutgeheißen. Gleichzeitig versucht eine straffere Kreditpolitik die Nachfrage zu drosseln und der Spekulation Mittel zu entziehen. Ferner hat die Wirtschaftspolitik weitere Lenkungsmaßnahmen für eine ausreichende Belieferung

¹⁾ Die endgültige Höhe der ERP-Hilfe steht zur Zeit noch nicht fest.

rung des Marktes mit landwirtschaftlichen Produkten angekündigt und ausdrücklich erklärt, den gegenwärtigen Wechselkurs zu halten.

Diese doch nur auf die augenblicklichen, unmittelbar bedrängenden Schwierigkeiten zugeschnittenen Maßnahmen werden jedoch der Wirtschaftspolitik bestenfalls eine kurze Atempause verschaffen. Um die Wirtschaft unter möglichst geringen Erschütterungen an die niedrige Auslandshilfe anzupassen, der wachsenden Exportschwierigkeiten Herr zu werden, das im nächsten Frühjahr neuerlich auftauchende Problem der Importsubventionen erfolgreich anzupacken, trotz dem starken Rückgang der Counterpart-Eingänge ein möglichst großes Investitionsprogramm durchzuführen, eine hohe Beschäftigung aufrechtzuerhalten und das Vertrauen in die Währung nicht weiter zu erschüttern, genügen diese mehr oder minder improvisierten Einzelmaßnahmen nicht. Die wirtschaftliche Situation Österreichs erfordert mehr denn je ein vorausschauendes wirtschaftspolitisches Konzept, das, unter Bedachtnahme auf die innerpolitischen Gegebenheiten, einen Weg aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten weist.

Die sekundären Preisreaktionen auf das fünfte Preis-Lohn-Abkommen hielten auch im September an. Wohl änderten sich die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten von Mitte August bis Mitte September nur um wenige Punkte (die Lebenshaltungskosten stiegen von 637,4 auf 638,0, die Großhandelspreise gingen von 790 auf 788 zurück; März 1938 = 100). Dies ist jedoch ausschließlich auf saisonmäßige Preisrückgänge bei Kartoffeln, Hafer, Gemüse und Äpfeln zurückzuführen. Schaltet man die Saisoneinflüsse aus, so haben sich die Lebenshaltungskosten um 1,6% und die Großhandelspreise um 0,3% erhöht. Gleichzeitig stiegen die Aktienkurse um 13,4%, die „schwarzen“ Devisenkurse um 4% und die Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum um 5,8%.

Die Wertumsätze im Einzelhandel sind im August noch um 1% gestiegen, die Mengenumsätze erreichten jedoch nicht mehr das Niveau der Vormonate. Dennoch war der Geschäftsgang im Einzelhandel besser, als saisonmäßig erwartet werden durfte, da die Umsätze im August in den meisten Branchen gewöhnlich um 10 bis 30% zurückgehen. Nachgelassen hat vor allem die Nachfrage nach Bekleidungsgegenständen, Möbeln, Teppichen und Gardinen, während Hausrat, Papier- und Tabakwaren stärker gefragt waren.

Die Kreditausweitung treibt den Geldumlauf weiter in die Höhe. Nach der starken Vermehrung

der Geldmenge im August um 741 Mill. S oder 4,7% dürfte allerdings die Expansion im September etwas langsamer geworden sein. Der Notenumlauf nahm nur noch um 74 Mill. S zu und die freien Giroguthaben öffentlicher Stellen bei der Nationalbank gingen sogar um 266 Mill. S zurück. Um von der Geldseite her die Preisentwicklung wirksam zu beeinflussen, sind die Währungsbehörden zur Zeit bemüht, die qualitative und quantitative Kreditkontrolle auszubauen.

Die *Industrieproduktion* ist in den Sommermonaten wegen der Betriebsurlaube zurückgegangen. Der Produktionsindex für Juli war mit 164,3% von 1937 um 9,2% niedriger als im Juni, lag aber dennoch um 19,3% höher als im Juli 1950. Verhältnismäßig stark war der Rückgang gegenüber dem Vormonat in der Leder- und Schuhindustrie (-35%), in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (-30,6%), in der Textil- (-17,9%) und Elektroindustrie (-15,5%). Nur die Metallhütten und die Baustoffindustrie meldeten höhere Produktionsergebnisse. Im August dürfte die Industrieproduktion — nach vorliegenden Einzelmeldungen — etwas höher gewesen sein als im Juli.

Die anhaltende Baukonjunktur, der lebhaftere Fremdenverkehr sowie verspätete Erntearbeiten in der Landwirtschaft erhöhten die Zahl der *Beschäftigten* im August um weitere 12.600 Personen. Zum Monatsende wurden 2.047.100 Beschäftigte gezählt, um 54.200 mehr als Ende August 1950. Die Zahl der verfügbaren Stellensuchenden ging im August um 3.700 und im September um weitere 2.400 zurück. Ende September waren nur noch 67.000 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern „verfügbar“.

Der Außenhandel erlitt im August einen stärkeren Rückschlag. Die *Ausfuhr* sank gegenüber Juli um 141 Mill. S oder 15% auf 788 Mill. S, das Ausfuhrvolumen war mit 97% von 1937 das niedrigste seit August 1950. Der übersaisonmäßige Rückgang — auch der saisonbereinigte Index sank um 7% — mag teilweise nur eine Reaktion auf die außergewöhnlich starke Steigerung im Juli gewesen sein. Teilweise aber muß diese Entwicklung doch bereits mit wachsenden Exportschwierigkeiten erklärt werden.

Die *Gesamteinfuhr* ging gleichzeitig hauptsächlich wegen niedriger ERP-Importe um 148 Mill. S auf 1.107 Mill. S zurück. Die geringen Dollarzuteilungen, die Österreich vorläufig bis zur endgültigen Festlegung seiner Hilfe für das Jahr 1951/52 erhielt — 15 Mill. \$ ECA-Kredit zur Abdeckung des Defizits gegenüber der EZU sowie 6 Mill. \$ für Lieferungen

aus den USA — erschweren zunehmend die Finanzierung der dringendsten Importe.

Die künftige Entwicklung nicht nur des Außenhandels, sondern auch der gesamten österreichischen Wirtschaft hängt entscheidend von der *Dollarhilfe für das Jahr 1951/52* ab. Eine Kürzung auf 120 Mill. \$ würde schwierige, in ihren Auswirkungen noch nicht voll absehbare Umstellungen und Einschränkungen mit sich bringen. Österreich erhielt von den USA im Wirtschaftsjahr 1950/51 Hilfe in Höhe von 200 Mill. \$¹⁾ (110 Mill. \$ direkte ERP-Hilfe und 90 Mill. \$ Ausgangsposition gegenüber der EZU), d. s. 240 Mill. \$ auf Preisbasis Mitte 1951. Eine Kürzung der Hilfe auf 120 Mill. \$ bedeutet daher, daß Österreich im letzten Marshall-Plan-Jahr mit nur 50% der Hilfe des Vorjahres das Auslangen finden müßte.

Entwicklung der Zahlungsbilanz¹⁾

	1948	1949	1950	1950/51
		Mill. \$		
A. Laufende Ausgänge				
Wareneinfuhr	489'8	603'7	481'6	532'9
„Unsichtbare“ Transaktionen	6'0	21'1	28'5	31'7
insgesamt...	495'8	624'8	510'1	564'6
B. Laufende Eingänge				
Warenausfuhr	206'9	291'5	335'0	395'4
„Unsichtbare“ Transaktionen	21'7	37'8	46'1	54'8
insgesamt...	228'6	329'3	381'1	450'2
C. Defizit der laufenden Zahlungsbilanz	267'2	295'5	129'0	114'4
D. Vermehrung der kurzfristigen Auslandsguthaben	19'4	11'1	30'3	21'0
E. Nettobanspruchung von Auslandskrediten	— 13'5	— 5'2	2'1	0'5
F. Statistische Korrekturen	6'7	— 1'3	45'4 ²⁾	66'9 ²⁾
G. Hilfslieferungen	279'8	300'1	206'8	202'8

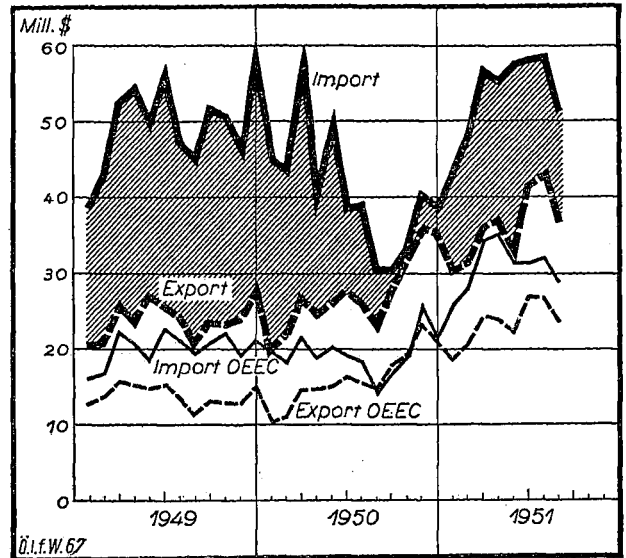
¹⁾ Quelle: Österreichische Nationalbank. — ²⁾ Diese hohen Differenzen sind vorwiegend auf das Auseinanderklaffen von Zahlungen und Leistungen (z. B. Vorauszahlungen beim Import) zurückzuführen.

Versucht man die unmittelbaren Auswirkungen einer solchen Kürzung auf die Zahlungsbilanz zu überlegen, so muß zunächst berücksichtigt werden, daß der Einfuhrüberschuß (einschließlich des Saldos der Dienstleistungsbilanz) im Jahre 1950/51 mit 114 Mill. \$ um 89 Mill. \$ niedriger war als die Auslandshilfe von 203 Mill. \$²⁾. Diese 89 Mill. \$ dienten dazu, die Devisenreserven der österreichischen Wirtschaft zu erhöhen und den einmaligen Kapitalbedarf

¹⁾ Tatsächlich verfügbare ERP-Hilfe im Wirtschaftsjahr 1950/51 laut Zahlungsbilanz. Außerdem erhielt Österreich „sonstige“ Hilfslieferungen in Höhe von 3 Mill. \$. Die im Jahre 1950/51 verfügbare ERP-Hilfe war etwas größer als die Dollarzuteilungen für das gleiche Jahr (190 Mill. \$), da ein Teil der Hilfe 1949/50 erst 1950/51 realisiert wurde.

²⁾ Einschließlich „sonstige“ Hilfslieferungen.

Entwicklung des österreichischen Außenhandels
(Natürlicher Maßstab; in Millionen Dollar)



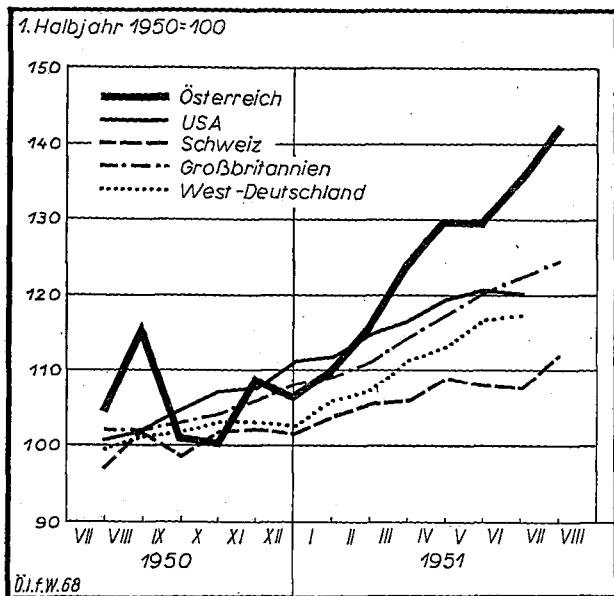
Der Einfuhrüberschuß der österreichischen Wirtschaft ging von 281 Mill. \$ im Wirtschaftsjahr 1949/50 auf 141 Mill. \$ im Wirtschaftsjahr 1950/51 zurück. Im Herbst 1950 war die Handelsbilanz sogar annähernd ausgeglichen. Der beachtliche Rückgang des Einfuhrüberschusses war allerdings nur teilweise einer erhöhten Ausfuhr zu danken. Zu einem beträchtlichen Teil mußte er durch Drosselung der Einfuhr, insbesondere von wichtigen Rohstoffen und Investitionsgütern, erkaufte werden. Besonders bedenklich war die niedrige Einfuhr nach Ausbruch des Korea-Konfliktes, da die unterlassenen Rohstoffimporte später zu weitaus höheren Weltmarktpreisen nachgeholt werden mußten.

zu decken, der im Jahre 1950/51 durch das Auseinanderklaffen von Zahlungen und Leistungen im Außenhandel (Vorauszahlungen im Import und längere Zahlungsziele im Export) entstanden war. Im Jahre 1951/52 hingegen wird die gesamte Hilfe in Form zusätzlicher Importe der österreichischen Wirtschaft dienstbar gemacht werden können. Eine weitere Verschiebung der Zahlungsziele im Außenhandel zu Ungunsten Österreichs ist kaum zu erwarten — eher sollte ein Teil dieser Auslandsguthaben zurückfließen. Auf eine weitere Erhöhung der Devisenbestände — so wünschenswert sie auch im Interesse einer größeren Beweglichkeit des Zahlungsverkehrs sein mag — kann hingegen in Notzeiten verzichtet werden. Unter diesen Umständen würde eine Exportsteigerung um 10 bis 20 Mill. \$, die bei einem derzeitigen Ausfuhrvolumen von fast 500 Mill. \$ pro Jahr nicht sehr hoch scheint, der österreichischen Wirtschaft das gleiche Einfuhrvolumen wie im Jahre 1950/51 sichern.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß das Importvolumen im Jahre 1950/51 mit 102% von 1937

Entwicklung der Ausfuhrpreise in wichtigen Ländern (Natürlicher Maßstab; 1. Halbjahr 1950 = 100)

Programmierte und tatsächliche Rohstoffeinfuhren im Wirtschaftsjahr 1950/51



Die durchschnittlichen Ausfuhrpreise sind seit Ausbruch des Korea-Konfliktes überall gestiegen. Während sich jedoch die Preissteigerungen in den wichtigsten Welthandelsstaaten zwischen 10% und 25% bewegten, war das Preisniveau der österreichischen Ausfuhr im August 1951 bereits um 50% höher als im ersten Halbjahr 1950. Der wachsende Abstand zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen gefährdet vor allem den Export typischer Konsumfertigwaren.

nicht nur um 6% kleiner war als im Jahre 1949/50, sondern auch bedeutend hinter den für dieses Jahr programmierten Importen zurückblieb und offenbar den laufenden Importbedarf der österreichischen Wirtschaft nur unzulänglich deckte. Das Rohstoffimportprogramm wurde bei wichtigen Waren oft nur knapp zur Hälfte erfüllt, die Einfuhr dringend nötiger Investitionsgüter mußte stark gedrosselt werden und selbst die Kohleneinfuhren waren trotz einer um 14% höheren Industrieproduktion um 16% niedriger als im Jahre 1949/50. Daß dennoch die Produktion gesteigert und der Konsum der österreichischen Bevölkerung gehoben werden konnte, war vorwiegend dem Umstand zu danken, daß die österreichische Wirtschaft zu Beginn des Korea-Konfliktes über größere Lager verfügt hatte, von denen seither gezehrt werden konnte.

Mangels ausreichender Reserven müßten, allein um das gegenwärtige Produktionsvolumen zu halten, im Jahre 1951/52 mehr Kohle und Rohstoffe eingeführt werden als im Wirtschaftsjahr 1950/51. Wäre man dennoch genötigt, das Importprogramm 1951/52 in den Rahmen des Einfuhrvolumens von 1950/51 zu zwingen, bliebe nichts anderes übrig, als andere Im-

	Einfuhrprogramm in Tonnen	Tatsächliche Einfuhr in % des Programmes
Erdöle.....	91.600	57.606 62'9
Rohtabak.....	8.000	9.295 116'2
Baumwolle.....	20.800	22.355 107'5
Schafwolle.....	8.100	6.541 80'8
Rohhäute.....	9.062	4.131 45'6
Kautschuk.....	11.320	6.370 56'3
Schrott.....	100.000	63.266 63'3
Kupfer.....	6.616	4.039 ¹⁾ 61'0
Blei.....	2.600	2.357 ¹⁾ 90'7
Zink.....	8.000	7.025 ¹⁾ 87'8
Zinn.....	600	686 114'3
Kohle (Steinkohlenbasis)	5.730.000	4.682.426 81'7

¹⁾ Einschließlich Altmetalle.

porte stark zu kürzen. Dem stehen jedoch große Schwierigkeiten entgegen. Die Einfuhr von „non essentials“ läßt sich nicht entscheidend drosseln, weil viele wichtige Waren nur gekoppelt mit minderwertigen, erhältlich sind und die meisten Handelsverträge gegenseitige Konzessionen über den Bezug von minderwertigen Waren enthalten. Es wäre daher unvermeidlich, auch die Einfuhr wichtiger Investitionsgüter oder Konsumgüter (vorwiegend Nahrungsmittel) zu kürzen. Das eine bedeutet eine Verzögerung des Wiederaufbaues und der Modernisierung der österreichischen Wirtschaft, das andere empfindliche Konsumeinschränkungen für die österreichische Bevölkerung, die wohl nur im Wege der Bewirtschaftung knapper Güter erzwungen werden könnte. Berücksichtigt man weiters, daß zentrale Lenkungsstellen des Außenhandels (mangels statistischer Unterlagen und ausreichender Marktkennntnisse) nur sehr schwer abschätzen können, wo Importkürzungen den geringsten gesamtwirtschaftlichen Schaden stiften, so ist zu befürchten, daß eine Beschränkung des Importvolumens auf den Stand von 1950/51 Versorgung und Beschäftigung ernst stören würde.

Das Schwergewicht der wirtschaftspolitischen Bemühungen sollte daher von vornherein nicht so sehr darauf gerichtet sein, wie man die Deviseneingänge am zweckmäßigsten verteilen, sondern wie man sie möglichst erhöhen könnte. Schätzt man den „normalen“ Importbedarf¹⁾ der österreichischen Wirtschaft

¹⁾ Die Höhe des „normalen“ Importbedarfes hängt weitgehend von den Zielen ab, die sich die Wirtschaftspolitik setzt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird man zumindest folgende Importe als notwendig betrachten müssen: a) Nahrungsmittelimporte zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Konsumniveaus, b) Rohstoff- und Kohlenimporte, die zumindest eine geringfügige Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion gestatten, c) Investitionsgüterimporte zur Realisierung des Investitionsprogrammes und d) Importe von „non-essentials“, soweit die Ausfuhr österreichischer Fertigwaren von ihnen abhängt.

für das Jahr 1951/52 auf etwa 700 Mill. \$ (Preisbasis Mitte 1951) oder 115% von 1937, so müßten bei einem Aktivsaldo der unsichtbaren Transaktionen von 30 Mill. \$ und einer Hilfe von 120 Mill. \$ Waren im Werte von 550 Mill. \$ oder 130% des Volumens von 1937 exportiert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßte mengenmäßig um 15% mehr exportiert werden als im Jahre 1950/51¹⁾.

Diese Steigerung ist wohl im Vergleich zu der in den letzten Jahren (1948 + 94%, 1949 + 36% und 1950 + 44%) verhältnismäßig gering, wird aber dennoch nur unter größten Schwierigkeiten erzielt werden können. Die Ausfuhr jener Rohstoffe und Halbfabrikate, die, wie Holz, Papier, Eisen und Stahl, in allen Ländern der Welt besonders knapp sind und daher auch zu hohen Preisen leicht abgesetzt werden können, ist kurzfristig kaum steigerungsfähig — es sei denn, man schränkte den Inlandsverbrauch zugunsten des Exportes ein. Der Export von Fertigwaren begegnet hingegen — auch wenn die internationale Rüstungskonjunktur weiter anhält — wegen hoher Preise wachsenden Schwierigkeiten. Es kann selbst bei anhaltendem Verkäufermarkt in den wichtigsten Welthandelsstaaten nicht ohne Einfluß

¹⁾ Diese Rechnung gilt nur unter der Annahme, daß die internationalen Austauschverhältnisse unverändert bleiben. Sollten sie sich, wie der Rückgang der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten vermuten läßt, wieder zugunsten Österreichs verschieben, wird die notwendige Exportsteigerung etwas geringer sein.

auf die Exportfähigkeit der österreichischen Fertigwarenindustrie bleiben, daß die Exportpreise in Österreich seit dem 1. Halbjahr 1950 um 50%, in Großbritannien nur um 25%, in Deutschland um 17% und in der Schweiz sogar nur um 12% gestiegen sind. Besonders gefährdet ist der Export typischer Konsumfertigerwaren, die als „non-essentials“ ohnehin mannigfachen Exporthemmnissen ausgesetzt sind. Ihr Exportvolumen, das im 2. Halbjahr 1950 bei einem gesamten Export von 115% von 1937 erst 87% von 1937 erreicht hatte, sank bis zum II. Quartal 1951 auf 62% und dürfte — wie die zunehmenden Exportschwierigkeiten namhafter Firmen erkennen lassen — in Zukunft weiter zurückgehen²⁾.

Die Wechselkurspolitik gerät damit in ein Dilemma. Aus Gründen der internen finanziellen Stabilität wäre es wünschenswert, den gegenwärtigen Wechselkurs zu halten und Ausweichmöglichkeiten (Agiógeschäfte, Belassungsquoten und Kompensationsgeschäfte) so weit zu beschränken, daß der offizielle Kurs nicht unterhöhlt wird. Andererseits wird jedoch ein starres Festhalten am jetzigen „Einheitskurs“ von 21'36 S allen Bemühungen, den Export weiter zu steigern, enge Grenzen setzen. Steuerliche Erleichterungen und Vereinfachungen des Außenhandelsverfahrens allein können bei vielen Waren den wachsenden Abstand zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen nicht mehr überbrücken.

²⁾ Siehe Abschnitt „Außenhandel“ S. 462.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 470—471

Im August hat sich das zirkulierende *Geldvolumen*¹⁾ um 741 Mill. S oder 4,7% (auf 16.388 Mill. S) erhöhet. Seit Juni 1950 (Ausbruch des Koreakrieges) ist es um 3.067 Mill. S oder 23%, seit Jahresbeginn 1951 um 1.781 Mill. S oder 12,2% gestiegen.

Die Vermehrung des Geldumlaufes war wohl geringer als das Steigen der Preise und Löhne, dürfte aber — da Preiserhöhungen stets die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steigern — dennoch stärker gewesen sein, als zur Vermeidung von Rückschlägen in Produktion und Beschäftigung unbedingt notwendig war. Jedenfalls konnte mit der verfügbaren Geldmenge nicht nur das vom 5. Preis-Lohn-Abkommen verursachte Steigen der Preise und Geldumsatze, sondern auch ein spekulativer Preis- und Nachfrageauftrieb reibungslos finanziert werden.

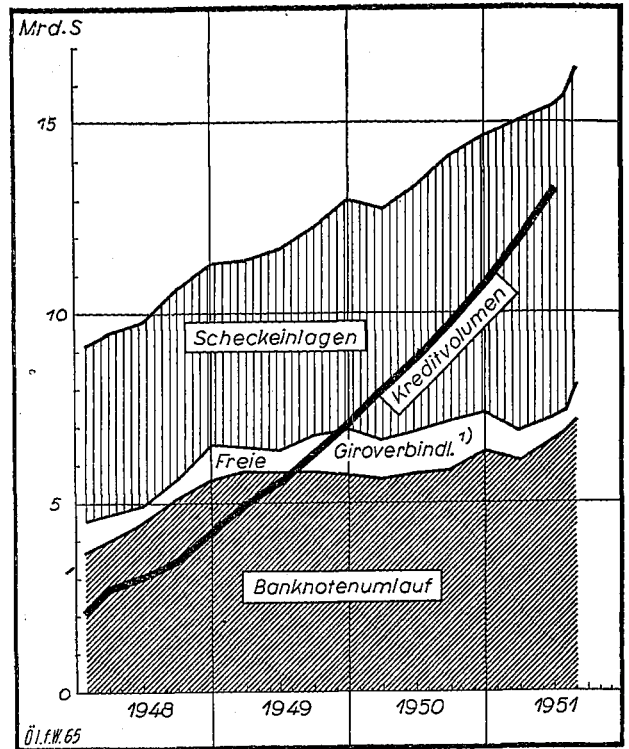
Den stärksten Anteil an der Ausweitung des Geldvolumens hatte wie in den Vormonaten der *Notenumlauf*. Er nahm um 394 Mill. S zu und überschritt damit die 7-Milliarden-Grenze um 190 Mill. S. Seit Juni 1950 beträgt die Steigerung 1.407 Mill. S oder 24,3%, seit Jahresbeginn 1951 841 Mill. S oder 13,2%. Außerdem stiegen im August die nicht Kreditinstituten gehörenden freien Sichteinlagen bei der Nationalbank und den Kreditinstituten um 347 Mill. S (Nationalbankkonten plus 306 Mill. S, Scheckkonten plus 41 Mill. S).

Die Hauptursache für die Umlaufmittelvermehrung war wie bisher die *Kreditexpansion*, die im August die Rekordhöhe von 643 Mill. S erreichte. Die Gesamtsumme der bei den Kreditinstituten aushaftenden Kredite beträgt nun 14,1 Mrd. S, das ist um 5.324 Mill. S oder 60,7% mehr als im Juni 1950 und um 3.423 Mill. S oder 32,1% mehr als zu Jahresbeginn 1951. Seit dem Abkommen zwischen dem Finanzministerium und den Banken und Bankiers über qualitative und quantitative Kreditkontrolle im April d. J. ist das Kreditvolumen im Monatsdurchschnitt um 491 Mill. S gestiegen, in den fünf Monaten vor dem Abkommen hingegen nur um je 391 Mill. S. Der offenbar nur geringe Erfolg des Abkommens veranlaßte die Währungsbehörden, wirkungsvollere Maßnahmen zur Eindämmung der Kreditexpansion vorzubereiten.

Der Anteil der Nationalbank an der Finanzierung der Kreditausweitung war im August mit etwa 65% (416 Mill. S) bedeutend niedriger als in

¹⁾ Notenumlauf plus Sichteinlagen bei der Nationalbank und den Kreditinstituten — ohne Guthaben von Kreditinstituten.

Entwicklung des Geld- und Kreditvolumens seit 1948 (Normaler Maßstab; in Milliarden Schilling)



²⁾ Ohne Verbindlichkeiten an Kreditinstitute.

Das Geldvolumen hat sich in der Zeit seit Ende 1947 ausschließlich auf dem Wege der Kreditexpansion erhöhet. Die Geldvolumenausdehnung war schwächer als jene des Kreditvolumens, hauptsächlich weil die Gebarung der Counterpartkonten mehr Geld aus dem Umlauf zog als einfließen ließ, und weil außerdem ein Großteil der Counterpart-Freigaben in das Kreditvolumen einging (Aufbaukredite).

den Vormonaten. Im einzelnen eskontierte sie Handelswechsel für 329 Mill. S (neuer Stand ihres Handelswechselportefeuilles 1.494 Mill. S), Aufbauwechsel für 70 Mill. S (neuer Stand 3.044 Mill. S) und Liquiditatsstutzungsschatzscheine (§ 27 W. Sch. G.) in Höhe von 10 Mill. S. Schließlich übernahm sie von den Kreditinstituten für einen geringeren Betrag Besatzungskostenschatzscheine. Die restlichen Mittel brachten die Kreditinstitute, bei einem nur geringfügigen Einlagenzuwachs von 41 Mill. S, durch Einsatz von Kassenbeständen, Verkauf von Wertpapieren, Aufnahme von Anleihen und eventuell — soweit es sich um befugte Devisenhändler handelt — durch Verringerung ihres Devisenportefeuilles auf. Die weitgehende Beanspruchung von Liquiditätsreserven, die die Kreditinstitute ohne Mithilfe der Notenbank zur Kreditexpansion verwenden können, sowie der niedrige Einlagenzuwachs schränken den Spielraum der Kreditinstitute für eine weitere, von der Notenbank unabhängige Kreditpolitik stark ein.

Zu den die Geldmenge vermehrenden Ursachen kamen außer der Kreditexpansion noch die Zunahme

des Devisenbestandes der Nationalbank um 106 Mill. S (auf 358 Mill. S), ferner eine Abbuchung aus dem ERP-Counterpartkonto zugunsten öffentlicher Stellen in der Höhe von 334 Mill. S und schließlich die Unterbringung von Besatzungskostenschatzscheinen direkt bei der Nationalbank. Der Gesamtbestand der Notenbank an eskontierten Besatzungskostenschatzscheinen betrug Ende August 1.386 Mill. S.

Diesen expansiv wirkenden Faktoren standen im August als *kontraktive Faktoren* Eingänge aus dem ERP-Counterpartkonto in Höhe von rund 235 Mill. S¹⁾, die erwähnte Finanzierung eines Teiles der Kreditausweitung aus dem bestehenden Geldvolumen (Wertpapierverkäufe der Kreditinstitute, Senkung ihrer Kassenbestände usw.) sowie die Erhöhung der freien Nationalbankguthaben der Kreditinstitute um 2 Mill. S gegenüber.

Auch der *Kapitalmarkt* wurde durch den Preisauftrieb beeinflusst. Die *Aktienkurse* zogen weiter scharf an, während alle festverzinsliche Wertpapiere, mit Ausnahme jener, zu deren Gunsten Kursstützungspolitik getrieben wird, billiger wurden. Der Kursindex von 36 Industrieaktien stieg von Mitte August bis Mitte September um 13,4% (von 299 auf 339; März 1938=100) und erreichte damit den höchsten Stand seit Jänner 1949. Der Durchschnittskurs der im *Index festverzinslicher Werte* erfaßten Papiere sank um 0,7%, der Kurs der *Bundesschuldverschreibungen 1947* um 1,1% (auf 41,60 S per 100 S Nominale). *Aufbauanleihe 1949* notierte unverändert 87 S per 100 S Nominale.

Die *Spareinlagen* bei den Kreditinstituten sind zwar nicht — wie im Vormonat — zurückgegangen, haben sich aber auch nicht erhöht.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 472—474

Die Preistendenz ist weiter steigend. Der Index der Lebenshaltungskosten und der Index der Großhandelspreise blieben zwar in der Berichtszeit prak-

tisch unverändert, doch ist dies ausschließlich wenigen saison- und weltmarktbedingten Einzelpreiserückgängen zu verdanken. Ohne diese Saisoneinflüsse wäre der Lebenshaltungskostenindex um weitere 1,6% gestiegen. Auch die Löhne sind nicht zur Ruhe gekommen. Vor allem setzten die Handelsangestellten und kleinere Berufsgruppen Lohnerhöhungen durch. Eine neue generelle Lohnerhöhung um 30 S je Beschäftigten brachte die als Anhang zum 5. Preis-Lohn-Abkommen beschlossene Mietenneuregelung²⁾.

Der *Großhandelspreisindex* sank von Mitte August bis Mitte September um 2 Punkte auf 790 (März 1938 = 100). Zwar stieg der Teilindex für Industriestoffpreise um 1,4% (auf 972; März 1938 = 100), gleichzeitig sank aber der Index der Nahrungs- und Genußmittelpreise um 1,6% (auf 686; März 1938 = 100). Von den Industriestoffen wurden vor allem Kohle und Koks, Stabeisen, Grobbleche³⁾, Brennholz und Bauholz teurer. Die vom Weltmarkt herkommenden Preiserhöhungen (Zinn und Kautschuk) sind durch Preisrückgänge (Wolle und Baumwolle) fast kompensiert worden. Der Index der Nahrungs- und Genußmittelpreise ging saisonbedingt zurück (besonders sanken die Preise von Kartoffeln und Hafer).

Aber auch die in obigen Indizes nicht enthaltenen Preise von Produktionsmitteln und Konsumgütern stiegen infolge des 5. Preis-Lohn-Abkommens und der Zunahme der Gesamtnachfrage weiter. Erst die Steigerung der Gesamtnachfrage infolge einer expansiven Finanz- und Kreditpolitik ermöglicht es der Wirtschaft, auch bei rückläufigen Wiederbeschaffungspreisen vieler Importrohstoffe mit den hohen Anschaffungskosten zu kalkulieren.

Trotz sekundären Preiserhöhungen in der gewerblichen Wirtschaft und wiewohl auch primäre, d. h. direkt im 5. Preis-Lohn-Abkommen beschlossene Erhöhungen (von Tarifen) in den Berichtszeitraum fielen, ist auch der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) nicht nennenswert gestiegen, da diese Preissteigerungen von saisonbedingten Preisrückgängen kompensiert wurden. (Die Erhöhung von Mitte August bis Mitte September betrug 0,1%, von 637,4 auf 638; April 1938 = 100.)

Von den im Lebenshaltungskostenindex erfaßten Waren wurden teurer: Eier (vorwiegend saisonbedingt

²⁾ Die Mietzinse für Wohnungen, die dem Mietengesetz unterstehen, werden mit Wirkung vom 1. November von teilweise noch 18 Groschen auf 1 S je Friedenskrone erhöht werden.

³⁾ Die Eisen- und Walzwarenpreise stiegen infolge Erhöhung der Warenumsatzsteuer.

¹⁾ Im Gegensatz zu den Vormonaten wirkte die Gebarung des ERP-Counterpartkontos im August insgesamt mit 99 Mill. S expansiv, da Ausgänge im Betrage von 334 Mill. S Eingängen von 235 Mill. S gegenüberstanden. Außerdem wurden weitere 3 Mill. S für Industrieinvestitionen abgebucht; dieser Betrag wurde aber der Technik der ERP-Industriefinanzierung entsprechend von der Bundesnotenschuld abgebucht und hat daher das Geldvolumen zunächst nicht erhöht. Die Abbuchung zugunsten der öffentlichen Hand ist auf Grund der letzten Rahmenfreigabe (1,3 Mrd. S im August) durchgeführt worden und kommt teilweise dem Bundesinvestitionsprogramm, teilweise den ERP-Sonderwiederaufbauprogrammen (Land- und Forstwirtschaft, Fremdenverkehr, Wohnhausbau) zugute. Die kleine Abbuchung für Industrieinvestitionen dürfte noch früheren Freigaben entstammen.

um 8%), Kalbfleisch und feine Extrawurst¹⁾, Bier (um 5%), Wein (um 33%), Kohlen, Koks und Holz, Emailgeschirr (um 8%), Gläser (um 25%), Glühbirnen (40 Watt) (um 12%), Haushaltsgegenstände aus Holz (durchschnittlich um 10%) und Küchenmaschinen (z. B. Fleischmaschinen um 8%). Erstmals wirkten sich im Lebenshaltungskostenindex die starken Erhöhungen der Tarife öffentlicher Unternehmungen aus (Fernbriefporto um 150%, telephonisches Ortsgespräch vom Automaten um 233%, Rundfunkgebühr um 56% und die im Verbrauchsschema enthaltene Eisenbahnfahrkarte um 25%).

Ausschließlich saisonbedingt war der Rückgang der Preise von Kartoffeln, Spinat und Äpfeln (20%, 39% und 27%). Die Grundtendenz des Lebenshaltungskostenindex ist weiterhin steigend. So gab es noch im September nach dem Stichtag des Index eine Reihe weiterer Preiserhöhungen oder sie wurden fest angekündigt. Die Erhöhung der Altmieten wird den Lebenshaltungskostenindex um etwa 2,4% steigen lassen, dazu kommt die Erhöhung des Reinigungsgeldes der Hausbesorger, der Müllabfuhrgebühren, der städtischen Ausgleichsabgabe für Lebendvieh und Fleisch, der Preise für Wasser, Zeitungen, Koks und Kinokarten.

Seit Beginn des Koreakrieges (Juni 1950) sind die Lebenshaltungskosten in Österreich um 40,5% gestiegen. Zu dieser Verteuerung trugen bei: Das Steigen der Weltmarktpreise 5,1%, die Aufhebung der Importsubventionen 1,8% (einschließlich inländischer Agrarpreiserhöhungen 6,4%) und die binnenwirtschaftlichen Faktoren, insbesondere die Erhöhung der inländischen Agrarpreise und Löhne, 33,6% (ausschließlich inländischer Agrarpreiserhöhungen 29,0%).

Von Mitte August bis Mitte September sind auch die besonders *reagiblen Preise* weiter gestiegen, wobei die Nachfrage offensichtlich durch das Bestreben verstärkt war, der Geldentwertung zu entgehen. So stiegen die „schwarzen“ Devisenkurse (um 4%), die freien Preise für Silber und Gold (um 15% und 1%), die Preise für Diamanten, Perserteppiche und Luxuspelze (diese auch saisonbedingt) um 2%, 7% und 4%.

Der *Baukostenindex* stieg im III. Quartal 1951 — insbesondere infolge des 5. Preis-Lohn-Abkommens — um 11,9% (von 705 auf 789; 1937 = 100, bzw. von 749 auf 838; 1945 = 100). Die Verteuerung des Aufwandes für die verschiedenen Arbeitsarten betrug 16,1%, die der Baustoffe durchschnittlich 8,8%, da

¹⁾ Gegenwärtig ist insbesondere Schweine- und Kalbfleisch nicht zu den offiziellen Preisen zu haben, sondern, wenn überhaupt, nur zu höheren „schwarzen“ Preisen. Diese wurden aber im Lebenshaltungskostenindex noch nicht berücksichtigt, weil sie bisher nicht zuverlässig ermittelt werden konnten.

die Aufwärtsbewegung der Baustoffpreise später in Gang kam; dafür hält sie noch weiter an.

Nach Abschluß des 5. Preis-Lohn-Abkommens wurden in einzelnen Wirtschaftszweigen neue *Lohnforderungen* gestellt, die teilweise in Forderungen nach Teuerungszulagen, Kohlenbeihilfen usw. gekleidet wurden. Der Index der Nettotariflöhne (für Industrie und Gewerbe in Wien) wurde durch die Lohnbewegung, die nach dem Abkommen entstanden ist, noch nicht berührt. Außer den bereits im letzten Monatsbericht angeführten Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden erhöht: Ab 1. September die Gehälter der Speditionsangestellten (ganz Österreich) um 8% und der Handelsangestellten [Österreich ohne Salzburg²⁾ und Burgenland und ohne Lebensmittelhandelsbetriebe bis zu drei Angestellten] um 10%. (Im Burgenland beträgt die Erhöhung für den gesamten Handel 5% und in ganz Österreich für den Lebensmittelhandel bis zu drei Angestellten ebenfalls 5%.) In der holzverarbeitenden Wirtschaft (Industrie und Gewerbe) wurden die Löhne der Kutscher, Kraftfahrer und Tapezierer um 2% und die Lehrlingsentschädigung um 6% erhöht. Die steirischen Speditionsarbeiter setzten eine Erhöhung der Wochenlöhne um eine Teuerungszulage von 80 S sowie die 37-Stunden-Woche durch.

Der Index der *Arbeiternettoverdienste* (in Wien, berechnet für Verheiratete mit 2 Kindern, einschließlich Kinderbeihilfen) ist von Juni 1951 bis Juli um 8,3% (von 529,9 auf 573,8; August 1938 = 100, 1938 Schillingbasis) gestiegen. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf das 5. Lohn-Preis-Abkommen zurückzuführen, doch erfaßt der Index — aus technischen Gründen — noch nicht die gesamte Steigerung, die durch das Preis-Lohn-Abkommen eingetreten ist.

Die Lohnerhöhung zum Ausgleich der Mieten-erhöhung beträgt 30 S pro Monat für *jeden* Beschäftigten und ist abzugsfrei; der Betrag deckt jedoch nur die Mehrkosten einer Kleinwohnung. Die neue „Mietenbeihilfe“ wird den Arbeiternettolohnindex (für Industrie und Gewerbe in Wien, ohne Kinderzulagen) um etwa 3,2% und die gesamte Lohn- und Gehalts-summe in der österreichischen Volkswirtschaft um etwa 530 Mill. S oder 2,1% erhöhen, wovon etwa 390 Mill. S von der gewerblichen Wirtschaft zu tragen sind.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 475

Der Mangel an Schweinefleisch verstärkte die Nachfrage nach Geflügel, Wild, Fischen und Eiern,

²⁾ Die Handelsangestellten in Salzburg erhielten bereits knapp nach dem 5. Preis-Lohn-Abkommen eine Gehaltserhöhung um 13%.

deren Preise sich fast durchwegs (auch gegenüber dem Vorjahr) beträchtlich erhöhten.

Die Versorgung mit *Eiern* war trotz Einlagerung größerer Vorräte für den Winter¹⁾ besser als in der gleichen Vorjahreszeit, vor allem weil die inländische Marktproduktion mit dem Hühnerbestand²⁾ zunahm; die Importe erhöhten sich dagegen bis August nur um 2% (1 Mill. Stück³⁾). Trotz des höheren Angebotes stiegen die Preise für inländische Eier von März bis Juli um durchschnittlich 20% über das Vorjahresniveau, was auf die allgemeine Preissteigerung (auch für Importeier) und den erhöhten Eierkonsum zurückzuführen ist. Die sprunghafte Zunahme der Nachfrage im August infolge der ungenügenden Fleischversorgung erhöhte die Preise allerdings bis auf 150% von 1950.

Diese Preisdifferenz gegenüber dem Vorjahr verringerte sich im September auf 15%, da die Nachfrage wegen besserer Versorgung mit Rindfleisch und Würsten wieder zurückging und sich die Eier daher nur in saisonbedingtem Ausmaß verteuerten. Größere Einfuhren würden preisdrückend wirken, da Importeier derzeit um durchschnittlich 20% billiger sind als inländische Ware. Nach dem vorläufigen Importprogramm sollen im Wirtschaftsjahr 1951/52 50.000 q, das sind etwa 90 Mill. Stück Eier (gegenüber nur 32.000 q oder 58 Mill. Stück im Wirtschaftsjahr 1950/51), eingeführt werden, womit der durchschnittliche Import der Jahre 1934 bis 1937 erreicht wäre. Lieferschwierigkeiten der Bezugsländer machen es jedoch noch fraglich, ob sich dieses Importprogramm erfüllen läßt.

Das Angebot an *Geflügel* blieb hinter der erhöhten Nachfrage zurück, da im 1. Halbjahr 1951

Einfuhr einiger Nahrungsmittel im 1. Halbjahr 1950 und 1951

	1950	1951	1951 gegenüber 1950 in %
Eier ¹⁾	22.788	23.227	101'9
Geflügel, tot ²⁾	2.759	1.169	42'4
Haarwild, tot ³⁾	3.516	2.333	66'4
Seefisch, frisch.....	37.783	46.629	123'4
Süßwasserfisch, frisch.....	2.227	1.131	50'8
Fisch, gesalzen, geräuchert..	5.023	5.835	116'2
Fisch, mariniert.....	46	—	—
Fisch- und Schalterkons. . .	19.523	12.265	62'8

¹⁾ Jänner bis August. — ²⁾ Einfuhrüberschuß.

¹⁾ Im Jahre 1951 wurden 10'6 Mill. Importeier eingekühlt gegenüber 8'6 Mill. im Vorjahr. Einschließlich der Inlandsware sollen in den Wiener Kühl- und Lagerhäusern rund 30 Mill. Eier lagern; im Jahre 1950 waren es nur etwa 10 Mill.

²⁾ Hühner wurden im Dezember 1950 um 36% (Hennen sogar um 42%) mehr gemeldet als im Jahre vorher.

³⁾ Die Einfuhr von Eiern war insbesondere von Jänner bis April beträchtlich (um 90%) höher als im Vorjahr, ging aber in den darauffolgenden Monaten wieder stark zurück.

infolge größerer Exporte und verminderter Importe der Einfuhrüberschuß um 58% niedriger war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Geflügelpreise erhöhten sich bis Juni, als die Versorgung mit Schweinefleisch noch ausreichend war, nur um durchschnittlich 5% über den Vorjahresstand, seit Juli jedoch zunehmend bis um 60% im September.

In ähnlicher Weise verringerte sich bei *Wild* der Einfuhrüberschuß im 1. Halbjahr um 34% gegenüber der gleichen Vorjahreszeit, während sich die Preise im September bis um 40% erhöhten.

Nur die Preise für *Fische* — mit Ausnahme jener für Süßwasserfische⁴⁾ — blieben trotz verstärkter Nachfrage ziemlich unverändert. Einerseits wurden die Importe von Seefischen in bedarfsdeckendem Ausmaße erhöht (im 1. Halbjahr 1951 um 23% gegenüber der gleichen Vorjahreszeit; nach Wien wurden in den Monaten Juni bis August 650 t gegenüber nur 200 t in der gleichen Zeit des Vorjahres geliefert); andererseits sind importierte Fische preisgeregelt. Die Umsatzsteuererhöhung und das 5. Preis-Lohn-Abkommen verteuerten die Fische geringfügig, so daß die Preise nur um 15 bis 18% über jenen des Vorjahres lagen. Fische sind daher relativ billig geblieben (der Preisindex steht derzeit für Kabeljau auf 441, für Filet auf 542% von 1938), und die lebhaftere Nachfrage dürfte auch dann anhalten, wenn sich die Fleischversorgung wieder bessern sollte. Eine Verminderung der für das Wirtschaftsjahr 1951/52 vorgesehenen Einfuhr von 12.500 t Fischen (13.000 t i. J. 1950/51) wird aus diesem Grunde selbst dann nicht ratsam sein, wenn eine allgemeine Kürzung des Importplanes notwendig werden wird.

Die Versorgung mit *freien Fetten* (Butter, Schmalz und Speck aus Schlachtungen, sowie nicht subventioniertem Öl), die bis September etwa die Hälfte des Fettbedarfes⁵⁾ decken sollten, verschlechterte sich in letzter Zeit. Das erfaßte Butterangebot stieg zwar geringfügig und erreichte bereits im Juli mit 1.200 t heuer erstmalig wieder die Höhe des Vorjahres. Trotzdem hätten noch über 30% des Bedarfes oder rund 2.000 t durch andere freie Fette gedeckt

⁴⁾ Von Juni bis August waren die Anlieferungen von Süßwasserfischen nach Wien nicht zuletzt wegen der rückläufigen Einfuhr nur halb so hoch wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Preise zogen daher stark an und waren im September um durchschnittlich 40% höher als vor einem Jahr. (Die Regelung der Preise für Importware ist bei Süßwasserfischen wenig wirkungsvoll, da die Inlandsware frei kalkuliert wird und sich die verschiedenen Preise meist angleichen.)

⁵⁾ Mangels anderer Unterlagen wird der Fettbedarf in der Höhe der letzten Rationen (zur Zeit der vollständigen Bewirtschaftung) mit rund 6.200 t je Versorgungsperiode angenommen.

werden müssen. Diese Menge konnte jedoch auch nicht annähernd aufgebracht werden, da der Schweineauftrieb ungenügend war und Importe von Fettschweinen¹⁾ fast vollständig ausfielen. Freies Schmalz wurde kaum, Speck und Filz nur in geringen Mengen und zu Preisen angeboten, die bis zu 50% höher waren als vor der Zeit, in der Schweinefleisch knapp wurde.

Zuteilung von rationierten Fetten ab Juni 1951¹⁾

Zuteilungsperiode	Schmalz	Margarine	Kunstspeisefett in Tonnen	Speiseöl	Fett insgesamt	%
81. (18. 6.—15. 7.)	1.741	893	—	566	3.200	100'0
82. (16. 7.—12. 8.)	1.741	893	—	566	3.200	100'0
83. (13. 8.— 9. 9.)	1.733	888	556	—	3.177	99'3
84. (10. 9.— 7. 10.)	1.733	1.554	556	—	3.843	120'1
85. (8. 10.— 4. 11.)	1.733	1.555	—	561	3.849	120'3

¹⁾ Nach den Versorgungsplänen des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung. Alle Fettarten in Reinfett.

Da sich die Versorgung mit pflanzlichen Fettrohstoffen relativ günstig gestaltete, wurden ab 10. September (84. Zuteilungsperiode) die Margarineationen vorübergehend von 20 auf 35 *dkg* je Verbraucher und Versorgungsperiode erhöht, um den freien Markt zu entlasten. Dadurch erhöhte sich die Gesamtzuteilung an rationierten Fetten von 3.200 *t* auf 3.850 *t* oder um 20%, ihr Anteil am Bedarf von 51% auf 62%. Dies wirkte sich auch in den Ausgaben der Haushalte für Nahrungsmittel aus, da Margarine kaum halb soviel kostet wie freies Fett. Allerdings kann Margarine nur bei wenigen Verwendungsarten Schmalz vollkommen ersetzen. Die Bewirtschaftung von Importschmalz, die mit Ende der 84. Zuteilungsperiode (7. Oktober 1951) aufgehoben werden sollte, wurde wegen der ungenügenden Versorgung mit Schmalz aus Schlachtungen zunächst bis Ende des Jahres verlängert.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 475

Nach vorläufigen amtlichen Ergebnissen erzielte die Brotgetreideernte trotz höheren Flächenerträgen nur 739.000 *t* gegen 782.000 *t* im Vorjahr und 894.000 *t* im langjährigen Vorkriegsdurchschnitt. Der Minderertrag geht auf geringere Aussaat und Flurschäden zurück. Wieviel Weizen und Roggen auf den Markt gebracht wurde, ist nicht genau bekannt, da die Meldungen darüber teils unvollständig, teils wider-

¹⁾ Im 1. Halbjahr 1951 wurden noch rund 12.000 *q* Fettschweine importiert gegenüber nur 11.000 *q* im 1. Halbjahr 1950. Im 2. Halbjahr dagegen hat man erstmalig im August die Einfuhr von 2.100 Stück Schweinen aus Jugoslawien bewilligt, von denen allerdings nur etwa die Hälfte Fettschweine sind.

sprechend sind²⁾. Doch sind die Getreidevorräte aus der Inlandsproduktion bei den Mühlen immerhin ausreichend, den Mehlbedarf für die 85. Versorgungsperiode (8. Oktober bis 4. November) in Niederösterreich, Oberösterreich und im Burgenland zur Gänze und in Wien zum größten Teil zu decken. Da Aussicht besteht, daß die Einfuhren von ERP-Mais nun doch beschleunigt abgewickelt werden — allein im Oktober sollen 80.000 *t* eintreffen — wird sich das Angebot von Weizen und Roggen in den nächsten Monaten voraussichtlich stärker erhöhen. Der Effekt wäre zweifellos besser, wenn zumindest ein Teil des Importmaises im Tausch gegen Brotgetreide abgegeben würde³⁾, doch will man den Mais heuer möglichst gleichmäßig verteilen.

Die im September beendete Grummeternte war qualitativ gut, mengenmäßig jedoch etwas kleiner, als der gute Graswuchs in den Monaten Juli und August erwarten ließ. Spätkartoffeln hat man teilweise bereits gerodet; der Ertrag dürfte etwa die Höhe des Vorjahres (144'5 *q* je *ha*) erreichen. Bei Obst sind die Erträge sehr verschieden: Äpfel wurden weniger als in den letzten Jahren geerntet — besonders Qualitätsware ist knapp —, während Birnen eine Mittelernte und Zwetschken einen reichen Ertrag lieferten. Wein — mit der Lese wird im Oktober begonnen — dürfte einen um 20 bis 30% geringeren Ertrag als im Vorjahr (1'29 Mill. *hl*) geben.

Auf Böden, die bald nach dem Getreideschnitt bearbeitet wurden, konnten trotz relativ großer Trockenheit Herbstfurche und Herbstsaat rechtzeitig und sorgfältig durchgeführt werden. Wo man die Stoppel zu spät stürzte, sowie auf schweren Böden war es hingegen nicht möglich, ein gutes Saatbett zu schaffen⁴⁾. Dementsprechend liefen auch die Saaten

²⁾ Nach Angaben der zuständigen Landwirtschaftskammer hatte Niederösterreich und Wien Ende September 1951 61.364 *t* Brotgetreide oder 82% der gesamten Marktproduktion geliefert gegen 60.000 *t* oder 66% Ende September 1950. Auf Grund dieser Angaben wären bis Ende September 1951 insgesamt nur 75.000 *t* Weizen und Roggen auf den Markt gebracht worden, um 18% weniger als im Jahre 1950 (91.000 *t*). Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden jedoch bis 30. September 109.171 *t* Brotgetreide, davon 68.154 *t* Weizen und 41.017 *t* Roggen aus der inländischen Ernte auf den Markt gebracht, wobei allein 86% auf Niederösterreich, Wien und das nördliche Burgenland entfielen.

³⁾ Der Tausch ERP-Mais gegen Roggen und Weizen wäre selbst dann noch lohnend gewesen, wenn man nur 100 *kg* Mais gegen 200 oder 300 *kg* Brotgetreide gegeben hätte, da der Preisunterschied (155 *S* je 100 *kg* gegen 190 und 210 *S*) relativ groß ist und Mais einen etwas höheren Gesamtnährstoffgehalt und Verdauungswert besitzt als die Brotgetreidearten.

⁴⁾ Je mehr man Schlepper und schwere Maschinen bei der Getreideernte verwendet, desto wichtiger wird ein rechtzeitiger

unterschiedlich auf. Allenthalben mußte mit dem Pflügen bis zum Eintritt stärkerer Regenfälle zugewartet werden. Trotzdem wurde bereits mehr Winterroggen und Winterweizen als im Vorjahr gesät. Gegenüber dem letzten Herbst stieg der Verbrauch hochgezüchteten Saatgutes um 20%. Die Nachfrage nach Roggensaatzgut konnte aber infolge ungenügenden Angebotes nur teilweise gedeckt werden.

Ein relativ hoher Preis — im Jahre 1937 kostete Rübsen ebensoviel wie Weizen, zur Zeit wird für Raps und Rübsen österreichischer Herkunft das Dreifache von Weizen bezahlt — begünstigte heuer besonders den Anbau von Winterölrüben. In Österreich säte man bisher nur wenig Raps und Rübsen — i. J. 1937 1.549 ha oder 0,08% der Ackerfläche, i. J. 1950 2.842 ha (0,16%). Während des Krieges war der Anbau bedeutend stärker, er betrug z. B. im Jahre 1944 16.288 ha oder 0,96% der Ackerfläche. Eine stärkere Intensivierung des Ölrübenanbaues wäre günstig, da nicht nur Devisen beim Import von Pflanzenölen und Ölkuchen erspart würden¹⁾, sondern auch noch andere Vorteile damit verbunden wären, wie eine gute Arbeitsverteilung in den landwirtschaftlichen Betrieben, eine bessere Ackergare und besonders gute Erträge bei den Nachfrüchten. Allerdings sollte die Ölrübenfläche nicht auf Kosten der Erdäpfelfläche vergrößert werden, da die Fetterzeugung durch Verwertung von Erdäpfeln in der Schweinemast trotz hohen Verdauungsverlusten der Ölproduktion kalorienmäßig überlegen ist²⁾.

Wie bereits im letzten Monatsbericht angekündigt wurde, mußten die Inlandspreise für ausländische Handelsdünger aus Mangel an Budgetmitteln erhöht werden. Während alte Vorräte noch zu den bisherigen Preisen verkauft werden sollen, werden neue Bezüge von Superphosphat um 50%, Thomasphosphat um 20% und Kalisalz um 40% teurer verrechnet. Gleichwohl liegen auch die neuen Preise noch erheblich unter den Importpreisen, und zwar bei Superphosphat um 53%, Thomasphosphat um 56% und Kalisalz um 41%. Der Abbau eines Teiles

Stoppelsturz; ist der zusammengefahren Acker erst einmal ausgetrocknet, ist es schwer, den Boden wieder mürbe und gar zu bekommen.

¹⁾ Aus 100 kg Raps oder Rübsen gewinnt man 37 kg Öl und 56 kg eiweißreiche Kuchen; diese sind für Rindermast und Milchvieh wertvoll.

²⁾ Prof. Amschler von der Hochschule für Bodenkultur in Wien, wies nach, daß von einem Hektar Kartoffeln (160 q) über das Schwein 12,4 Mill. Kalorien in Form von Fett gebildet werden, wogegen 1 ha Winteraps (18 q) an Öl und Kuchen (über das Rind verwertet) nur 7,8 Mill. Kalorien, 1 ha Leinsamen (16 q) 7,1 und 1 ha Mohn (10 q) 5,1 Mill. Kalorien liefert.

der Düngersubventionen wird die Landwirtschaft im Jahre 1952 mit Mehrausgaben von rund 30 Mill. S belasten. Berücksichtigt man noch die Verteuerung des inländischen Kalkammonsalpeters, so kann man sagen, daß die gesamten Kosten der Mineraldüngung seit dem Frühjahr um 25% gestiegen sind (der gewogene Preisindex der wichtigsten Handelsdünger erhöhte sich von 284,4% auf 356,3% von 1937).

Kunstdüngerpreise

Art	Ø 1937	Großhandelsabgabepreise			
		April 1951	September 1951	April 1951	September 1951
		S je 100 kg			
Kalkammonsalpeter [20% N] ¹⁾	28'19	98'35	116'40	348'9	412'9
Superphosphat [18% P ₂ O ₅]	12'96	31'86	47'70	245'8	368'1
Thomasphosphat [18% P ₂ O ₅] ²⁾	11'43	26'10	31'35	228'3	274'3
Kalisalz [40% K ₂ O]	16'00	28'80	40'40	180'0	252'5
Durchschnitt ³⁾ ...				284'4	356'3

¹⁾ In bituminierten Säcken. — ²⁾ 18% Gesamtposphorsäure entsprechen im Durchschnitt 15% zitratlöslicher Phosphorsäure. — ³⁾ Gewogen nach den Jahresverbrauchswerten von 1937: Stickstoffdünger 51%, Phosphatdünger 32% (je ½ Super- und Thomasphosphat), Kalisalz 17%.

Kalkammonsalpeter ist nach wie vor teurer als die übrigen Dünger, doch hat sich die Preisverzerrung durch die letzten Preiserhöhungen für ausländische Düngemittel gemildert. Da den meisten Böden Österreichs gleichermaßen Stickstoff und Phosphorsäure mangeln, ist es besonders wichtig, daß Stickstoff- und Phosphatdünger gleichzeitig und in den erforderlichen Mengen verwendet werden, um hohe und kostensenkende Mehrerträge zu erzielen. Nach Ansicht maßgebender Düngerexperten könnte der Verbrauch am zweckmäßigsten so gesteuert werden, daß zwischen Stickstoff und Phosphorsäure ein Preisverhältnis von 2 : 1 eingehalten wird. Vor dem Kriege war es so, im August 1951 betrug es jedoch 3,5 : 1, Ende September 2,6 : 1.

Preisrelation zwischen Stickstoff, Phosphorsäure und Kali¹⁾

Ø 1937	Stickstoff	Preise für Phosphorsäure S je kg	Kali	Preisrelationen		
				Stickstoff	Phosphorsäure	Kali
1951 IV.....	1'38	0'68	0'40	2'03	: 1	: 0'59
VIII.....	4'80	1'61	0'72	2'98	: 1	: 0'45
IX.....	5'60	1'61	0'72	3'48	: 1	: 0'45
	5'68	2'20	1'01	2'58	: 1	: 0'46

¹⁾ Auf Grund der Großhandelspreise von Kalkammonsalpeter, Superphosphat, Thomasphosphat und Kalisalz.

Die relative Ungunst der Stickstoffpreise war schon im Jahre 1949/50 der Grund, daß der Verbrauch von 95.681 t (1948/49) auf 78.783 t Kalkammonsalpeter fiel. Wohl konnte dieser Ausfall im Jahre 1950/51 mit einem Verbrauch von 102.642 t wieder aufgeholt werden. Insgesamt aber, einschließ-

lich ausländischer Stickstoffdünger, wurden im Jahre 1950/51 erst 22.542 t Reinstickstoff verwendet gegenüber einem Höchstverbrauch von 28.150 t im Jahre 1941. Um die Stickstoffdüngung zu intensivieren, verbilligten die Landwirtschaftskammern in den meisten Bundesländern den Frühjahrsbezug¹⁾ von Kalkammonsalpeter nach Maßgabe der ihnen für Förderungszwecke zur Verfügung gestellten ERP-Mittel. Auch gegenwärtig läuft eine ähnliche Aktion²⁾. Zweck dieser Maßnahmen ist offenbar, den Düngemittelverbrauch durch Gleichgewichtspreise so zu beeinflussen – das Preisverhältnis zwischen verbilligtem Stickstoffdünger und Phosphatdünger (Reinnährstoffe) ist wie 2:1 –, daß ein möglichst optimaler Düngungseffekt erzielt und die Produktivität des Düngeraufwandes gesteigert wird.

Es ist bekannt, daß die Kenntnisse über moderne ertragsteigernde Methoden in der Landwirtschaft, besonders über den Boden und seine richtige Bearbeitung, über richtige Düngung, Saatgut, Landtechnik und richtige Fütterung noch nicht in dem Maße verbreitet sind, wie das aus volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Gründen notwendig wäre. Um so beachtenswerter ist es, daß vom Land Niederösterreich kürzlich ein Gesetz erlassen wurde, das die in der Landwirtschaft tätige Jugend vom 16. Lebensjahr an zum Besuche landwirtschaftlicher *Fortbildungsschulen* verpflichtet. Gewiß werden diese Schulen nicht die bäuerlichen Fachschulen ersetzen können, da die Unterrichtszeit auf zwei Wintersemester mit je 140 Lehrstunden (Mädchen 160 Stunden) beschränkt ist. Immerhin werden sie, ähnlich wie die gewerblichen Berufsschulen, zumindest die Grundlagen für die fachliche Fortbildung vermitteln. Erfahrungsgemäß stehen die Absolventen derartiger Kurse allen produktions- und produktivitätssteigernden betriebswirtschaftlichen Maßnahmen viel aufgeschlossener gegenüber als Bauern ohne jede fachliche Schulung. Da viele landwirtschaftliche Fortbildungsschulen in Niederösterreich schon in den letzten Jahren auf freiwilliger Basis aufgebaut wurden, dürften die mit diesem Ausbau der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen verbundenen Schwierigkeiten verhältnismäßig leicht überwunden werden können.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 476–477

Im August erreichte die österreichische Erzeugung von elektrischer Energie 563 Mill. kWh gegen 494 kWh im gleichen Monat des Vorjahres. Der

¹⁾ Im Frühjahr 1951 konnten je ha Körnermais bis 300 kg Kalkammonsalpeter um 35%–S oder 34% verbilligt bezogen werden. In der Steiermark wurde Kalkammonsalpeter auch für die Kartoffelfläche, in Oberösterreich für die Haferfläche verbilligt zugeteilt.

²⁾ In Niederösterreich z. B. gibt man je ha Winterweizen und Winterroggen 150 kg Kalkammonsalpeter um 30%–S je 100 kg oder 25% verbilligt ab, sofern gleichzeitig (je ha) auch 200 kg Superphosphat oder Thomasphosphat und 100 kg Kalisalz gekauft werden.

Produktionsrückgang gegenüber Juli war gering (44 Mill. kWh).

Wegen der anhaltenden Trockenheit mußten die Dampfkraftwerke verstärkt eingesetzt werden. Während die Erzeugung der hydraulischen Kraftwerke auf 485 Mill. kWh zurückging, stieg die der kalorischen auf 77 Mill. kWh, das sind 13,7% der Gesamtenergieerzeugung. Das Lastverteilungsgesetz ist bis 30. April 1952 verlängert worden.

Der Stromverbrauch stieg gegenüber August 1950 um 14% auf 415 Mill. kWh und erreichte damit seinen bisher höchsten Stand. Die Exporte aus den westlichen Bundesländern gingen auf 136 Mill. kWh zurück, die Importe waren unbedeutend.

Da die Brennstoffanlieferungen im August nur für die laufende Erzeugung ausreichten, war es nicht möglich, die Vorräte für den Winter zu vergrößern. Die Vorräte der Dampfkraftwerke blieben mit 229.871 t Kohle (SKB) und 5.358 t Heizöl fast unverändert.

Am 12. August 1951 wurde im Wasserkraftwerk Mühlradung der Ennskraftwerke A. G. der dritte Generator mit einer Leistung von 5,75 MW in Betrieb genommen.

Am 23. September wurde offiziell die Limberg-Sperre des Tauernkraftwerkes Glockner-Kaprun eröffnet. Gleichzeitig lief der dritte Maschinensatz im Hauptstufenkraftwerk an.

Die inländische Kohlenförderung war im August mit 221.775 t (SKB) etwas höher als im Vormonat; gegenüber August der Jahre 1950 und 1949 ist sie um 13,9% (194.777 t) und 48,4% (149.400 t) gestiegen. Dennoch reicht die erhöhte inländische Kohlenförderung bei weitem nicht aus, den Rückgang der Einfuhr auszugleichen. Die Bundeskammer hat angeregt, bis Jahresende monatlich zwei Sonntagschichten zu verfahren.

Die europäische Kohlennot hält unvermindert an. Der Kohlenausschuß der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen forderte die europäischen Kohlenexportländer auf, ihre Ausfuhr im letzten Quartal zu erhöhen.

Die ECA hat seit April d. J. Autorisationen für Importe von 700.000 t amerikanischer Steinkohle erteilt. Bis Ende August sind davon 151.075 t eingetroffen.

Der Betrieb des dritten Hochofens der VÖEST ist durch die Bereitstellung von insgesamt 375.000 t amerikanischer Steinkohle bis Juni 1952 gesichert. Die Importe erfolgen gegen Roheisenlieferungen und freie Dollar.

Die Kohleneinfuhren waren im August mit 433.848 t (SKB) trotz starkem Rückgang der

Einfuhr aus Deutschland um 65.988 t höher als im Juli, da 121.266 t amerikanische Steinkohle in Österreich eintrafen. Da der größte Teil der vorgesehenen Kohlenmengen bereits verschifft bzw. zur Verschiffung eingeteilt ist, ist auch in den nächsten Monaten mit befriedigenden Lieferungen aus den USA zu rechnen.

Zusammen mit den Lieferungen des inländischen Kohlenbergbaues standen der österreichischen Wirtschaft im August 633.208 t Kohle (SKB) zur Verfügung.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten S. 478-483

Im Juli ging die Industrieproduktion vor allem wegen der Urlaube um 9,2% zurück. Der Gesamtindex lag aber mit 164,3% von 1937 weit über dem Durchschnitt des Vorjahres.

Der Produktionsindex der dauerhaften Güter ist weniger stark gesunken (-4%) als der für nichtdauerhafte Güter (-15,8%), was von der unverändert günstigen Konjunktur der Produktionsmittelindustrien zeugt. Da der Beschäftigtenindex im Juli mit 166% von 1937 ganz leicht gestiegen ist, ging der Produktivitätsindex um 9,8% zurück.

Im August dürfte die Industrieproduktion, soviel aus den vorläufigen Zahlen geschlossen werden kann, wieder etwas gestiegen sein.

Die Bergbauproduktion nahm im August um 4% zu, vor allem infolge einer höheren Förderung von Eisenerz (+8,7%), Blei-Zinkerz (+91,7%) und Braunkohle (+2%).

Auch die Produktion der Magnesitindustrie stieg um 4,7%. Der Absatz von Sintermagnesit und Magnesitziegeln ist merklich gestiegen, während der Absatz von Kauster fiel. Die Veitscher Magnesitwerke haben in der letzten Zeit beträchtliche Mittel investiert und die Produktion bedeutend steigern können.

Der Index der eisenschaffenden Industrie ging im August um 4,5% zurück. Die Produktion von Roh-eisen und Walzwerkserzeugnissen ist gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, war jedoch in allen Sparten viel höher als im August des Vorjahres. Der Auftragsstand der österreichischen Werke steigt weiter an.

Die International Materials Conference in Washington, die auf dem Rohstoffsektor die fünf Legierungsmetalle Wolfram, Molybdän, Mangan, Nickel und Kobalt kontrolliert, hat bekanntlich Österreich 5 t Molybdänkonzentrate zugeteilt. Die übrigen Legierungsmetalle, die von der IMC nicht kontrolliert werden, sind zum Teil auf Grund der Handelsverträge in einigermaßen bedarfsdeckenden Mengen zu erhalten, so daß die Versorgung

für den Rest des Jahres gesichert scheint. Auf dem Schrottmarkt machte sich im August offenbar aus Preisgründen eine ausgesprochene Lieferunlust bemerkbar, die zusammen mit dem Ausfall westdeutscher Lieferungen die Versorgung sehr erschwerte. Angesichts der Verteuerung auf dem Weltmarkt wurden auch die Preise für inländischen Schrott ab 20. August 1951 erhöht.

Der Produktionsindex der Metallhütten ist im Juli um weitere 2,5% auf 513,8% von 1937 gestiegen und erreichte damit den bisher höchsten Stand. Vor allem die Aluminiumproduktion von 4.174 t bedeutet einen neuen Rekordstand. Allerdings wird wahrscheinlich aus Mangel an Strom vorzeitig auf Winterbetrieb umgeschaltet werden müssen. So wurde die Höchstbezugsmenge für Ranshofen von 105.000 kW ab 3. September auf 75.000 bis 80.000 kW gekürzt. Die weitere Entwicklung wird von der Energielage abhängen. Auch die Erzeugung von Weichblei und Elektrolytkupfer stieg im Juli.

Die Produktion der Gießereindustrie ging wegen einiger Gemeinschaftsurlaube um 8,1% zurück. Die Beschäftigung ist weiterhin gut, die Lieferfristen für handelsüblichen Guß betragen durchschnittlich ein Vierteljahr. Derzeit ist die Lage vor allem durch anhaltenden Roh- und Hilfsstoffmangel gekennzeichnet. Besonders das Angebot von Gußbruch ist unzureichend; zudem wird er nur selten zu den vorgeschriebenen Höchstpreisen geliefert. Außerdem mangelt es an Altmetall und Neukupfer. Um gegenüber den ausländischen Gießereien im Export konkurrenzfähig zu bleiben, wurde mit der VÖEST vereinbart, daß für direkte Eisengußexporte eine ähnliche Bonifikation wie der Maschinenindustrie erteilt wird. Man hofft, auf diese Weise einen bescheidenen Export aufrecht erhalten zu können.

Die Erzeugung von Eisen- und Metallwaren ist gegenüber dem Höchststand im Vormonat leicht zurückgegangen.

So sank der Index der Fahrzeugindustrie um 6,8%. Mit Ausnahme der Produktion von Traktoren und Motorrädern ging der Ausstoß in allen Sparten zurück. Die Rohstoffsituation blieb gegenüber dem Vormonat unverändert. Die Beschaffung von Walzmaterial wurde schwieriger.

Der Index der Maschinenindustrie ging im Juli ebenfalls um 2,8% zurück. Die Produktion von Armaturen, Apparaten, Pumpen und Verbrennungsmotoren liegt weit über der vom Vormonat. Dagegen ging die Erzeugung von Sensen und Sichern besonders stark zurück. Die Exportkrise, in der sich Österreichs Sensenindustrie befindet, überträgt sich unmittelbar auf die Betriebe, weil ein Vorarbeiten auf Lager un-

möglich ist, da die einzelnen Absatzländer nur ganz bestimmte Normen nachfragen.

Auch die Erzeugung der *Elektroindustrie* ging im Juli um 15,5% auf 182,8% von 1937 zurück. Insbesondere sank die Produktion von Glühlampen, Radioapparaten und isolierten Leitungen. Die Erzeugung von E-Motoren nahm zu. Die Versorgung mit Transformatorenblechen niedrigster Wattverluste wird in Zukunft, dank amerikanischen Importen, günstiger werden. Kupfer ist weiterhin knapp. Ende August wurden Verwendungsverbote für Kupfer und Kupferlegierungen erlassen. Die Produktion wird dadurch nicht behindert.

In Oberösterreich wird das Elektrodenwerk Steeg weiter ausgebaut; es wird den Eigenverbrauch Österreichs an Kohle- und Graphitelektroden voll decken können.

In der *chemischen* Industrie ist die Beschäftigungs- und Absatzlage zufriedenstellend. Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Index ging saisonbedingt um 4,5% zurück.

Die Rohmaterialbeschaffung ist unvermindert schwierig. Insbesondere das schleppende Verfahren der Devisenzuteilung für schwer erhältliche Rohstoffe stört sehr.

Die Steirische Chemie A. G. Kapfenberg erhöhte ihre Kapazität. Der Bau eines zweiten Tunnel-Ofens verbesserte die Versorgung Österreichs mit Holzkohle so, daß nur noch ein Drittel des Bedarfes importiert werden muß. Ferner wurde eine Destillations- und Essigsäureanlage in Betrieb genommen.

Der Index der *Baustoffindustrie* stieg infolge Mehrerzeugung in den wichtigsten Sparten um 2%. Die Ziegelproduktion erreichte im Berichtsmonat den bisher höchsten Stand. Die Freilufttrocknung wurde durch die Witterung gebietsweise beeinträchtigt. Die Zementerzeugung hat mit 138.265 t ebenfalls einen neuen Rekordstand erreicht. Zwei Schiffsladungen von Kohle und Koks aus den USA sowie Kokslieferungen aus der ČSR werden die Brennstoffsorgen der Zementindustrie für einige Zeit beheben. Schwierigkeiten begegnet der Import von Maschinen und Maschinenteilen, auch mangelt es an Papiersäcken. Die Lieferung tschechoslowakischer Rohstoffe für die Keramik- und Tonwarenindustrie stockt.

Im August ist die Produktion der *Papierindustrie* geringfügig gestiegen (+0,5%). Die Holzvorräte erhöhten sich im Juli auf über 1 Mill. Festmeter.

Die *holzverarbeitende* Industrie ist gut beschäftigt. Lediglich die Kistenerzeugung hat Preisschwierigkeiten auf den Auslandsmärkten. In der Holzhausindustrie reichen die Exportaufträge nicht aus, um

eine kontinuierliche Serienproduktion aufrecht zu erhalten.

Die *Textilproduktion* ging im Juli um 17,9% auf 90,6% von 1937 infolge der Betriebsurlaube zurück. Lediglich die Erzeugung von Jutegarnen und Möbelstoffen stieg geringfügig. Hingegen erreichte die Zellwollproduktion mit 3.709 t einen neuerlichen Höchststand und überschritt damit den Monatsdurchschnitt der Rekordproduktion des 1. Halbjahres 1951. Zur Deckung des unbedingt notwendigen eigenen Devisenaufwandes wurden vom Erzeuger im Juli 2.046 t Zellwolle exportiert.

Der Index der *Leder- und Schuhindustrie* ist gegenüber dem Vormonat wegen der in dieser Branche üblichen Urlaube um 35% zurückgegangen. Die Schuherzeugung sank auf die Hälfte der Juniproduktion. Im allgemeinen ist die Beschäftigungslage der Schuhindustrie gut. Es gelang, beträchtliche Exportaufträge aus dem Westen hereinzubringen. Die Inlandsaufbringung an Rohhäuten ist zurückgegangen. Der Bedarf kann nur dann voll gedeckt werden, wenn große Importe (ein Drittel bis die Hälfte des Verbrauches), vorwiegend aus Südamerika und Neuseeland, gelingen. Die modisch bedingte Umstellung auf Krepp- und profilierte Gummisohlen wird den angespannten Ledermarkt entlasten.

Die *Nahrungs- und Genussmittelerzeugung* war um 30,6% geringer als im Juni, weil die Zuckerindustrie vor dem Beginn der neuen Kampagne die Verarbeitung ausländischen Rohzuckers eingestellt hat. Die Erzeugung von *Tabakprodukten* stieg im August um 14,6%.

Korrektur des Produktionsindex

Der *Index der Industrieproduktion* mußte wegen einer nachträglichen Änderung der Friedensproduktionszahlen der *Ziegelindustrie* neu berechnet werden.

Die bisherigen Produktionszahlen wurden im Jahr 1946 vom Fachverband grob geschätzt, weil Statistiken für die Vorkriegszeit fehlten. Sie wurden bisher in den statistischen Publikationen des Institutes und des Österreichischen Statistischen Zentralamtes verwendet. Es zeigte sich aber allmählich, daß bei dieser Schätzung zu hoch gegriffen worden war, denn der Index der Ziegelproduktion erreichte in den beiden letzten Jahren nur knapp den Vorkriegsstand, während die Erzeugung in allen übrigen Sparten der Baustoffindustrie einschließlich des Baugewerbes ein Vielfaches des Jahres 1937 erreichte.

Um konkrete Unterlagen für die Produktion im Jahr 1937 zu erhalten, führte der Fachverband der Stein- und keramischen Industrie im Jahre 1950 eine Erhebung bei den einzelnen Firmen durch, als deren Ergebnis eine durchschnittliche Monatsproduktion von 24,2 Mill. Stück Mauerziegeln (bisherige Schätzziffer 54 Mill. Stück) und 5 Mill. Stück Dachziegeln (bisher 10,7 Mill. Stück) für 1937 errechnet wurde.

Neuberechnung verschiedener Produktionsindizes

Zeit	Produktion		Produktivität		Indizes der				Indizes der		Baustoffindustrie	
	bisheriger Index	neuer Index	bisheriger Index	neuer Index	dauerhaften Güter	neu	nicht dauerhaften Güter	neu	bisher	neu	bisher	neu
Ø 1948	89'92	92'33	66'45	68'23	106'15	109'88	74'69	75'04	87'77	90'36	108'25	140'48
Ø 1949	120'09	122'80	80'24	82'05	145'39	151'58	97'75	98'29	118'21	121'21	141'78	188'51
Ø 1950	142'15	145'39	89'78	91'83	171'73	178'58	116'64	117'28	140'52	143'56	155'58	215'61
1951	I. 140'97	141'71	88'14	88'60	161'51	163'26	122'09	122'09	139'04	139'79	88'97	104'09
	II. 156'46	157'15	98'06	98'50	185'77	187'42	131'39	131'39	154'78	155'48	115'60	129'70
	III. 154'51	155'33	96'57	97'08	186'90	188'84	126'77	126'77	152'63	152'52	155'74	177'40
	IV. 163'05	164'46	101'13	102'00	199'85	203'18	132'25	132'25	161'31	162'74	162'34	190'90
	V. 154'71	157'29	94'84	96'42	195'65	201'75	119'29	119'29	152'12	154'74	189'43	241'89
	VI. 178'22	181'04	108'10	109'81	218'02	224'68	142'81	142'81	175'15	178'02	202'73	260'00

Diese bedeutende Änderung wirkt sich in erster Linie im Index der *Baustoffindustrie* aus, deren korrigierter Index im Durchschnitt der Jahre 1948, 1949 und 1950 um 29'8%, 33'0% und 38'6% über dem bisherigen liegt. Der Gesamtproduktionsindex erhöht sich wegen des verhältnismäßig geringen Gewichtes der Baustoffindustrie für die gleiche Zeit nur um 2'7%, 2'3% und 2'3%. In der gleichen Weise verändert sich auch der Index der Produktivität, während der Index der dauerhaften Güter entsprechend stärker, nämlich um 3'5%, 4'3% und 4'0% gestiegen ist.

Die geringfügigen Korrekturen in den Jahresdurchschnitten des Index der nicht dauerhaften Güter sind auf vereinzelte Produktionsnachmeldungen zurückzuführen, welche bei dieser Gelegenheit berücksichtigt wurden.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 484

Nach dem lebhaften Geschäftsgang in den beiden letzten Monaten ließ im August die Nachfrage im Einzelhandel saisonbedingt wieder nach. Die Wertumsätze nahmen zwar insgesamt noch leicht zu (+1%), die Mengenumsätze erreichten jedoch nicht mehr das Niveau des Vormonates. Die Umsätze waren allerdings im allgemeinen noch immer besser als zu erwarten war, da der normale Saisonrückgang im August in den meisten Branchen 10 bis 30% beträgt.

Die Entwicklung war in den einzelnen Betriebsformen und Branchen nicht einheitlich. Während die Erlöse im Fachhandel und in den Konsumgenossenschaften leicht zunahmen (um 2% und 4%), sanken sie in den Warenhäusern um 7%. Vor allem, weil die Nachfrage nach Bekleidungsgegenständen sowie Möbeln, Teppichen und Gardinen zurückgegangen ist, die für den Absatz der Warenhäuser ausschlaggebend ist¹⁾. Tatsächlich haben die Gesamtumsätze von *Textilien* um 9%, von *Schuhen* um 9%, von *Möbeln, Teppichen, Gardinen* um 10% abgenommen. Auch die Verkäufe von *Parfumerie-* und *Drogeriewaren* (-8%) und *Lederwaren* (-1%) gingen zurück. Weder bei Parfumeriewaren noch bei Leder-

waren und *Lebensmitteln* ist der Mengenumsatz des Vorjahres erreicht worden.

In allen anderen statistisch erfaßten Branchen sind die Umsätze wert- und mengenmäßig gestiegen. So insbesondere im Handel mit *Hausrat, Glas, Porzellan* (+21%) und *Papierwaren* (+35%). Die Käufe von *Tabakwaren* nahmen bei unveränderten Preisen um 9% zu. Damit überschritten die Umsätze der Tabakregie den Stand von August 1950 um 19%; im Juli waren sie dagegen nur um 12% und im 1. Halbjahr 1951 sogar nur um 7% höher als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Da der Gesamtverbrauch von Tabakwaren kaum stärker gestiegen ist, dürfte die Erhöhung der Umsätze vorwiegend auf die zunehmende Ausschaltung des Schwarzen Marktes zurückzuführen sein.

Inlandsumsätze der Tabakregie

	Zigaretten ¹⁾	Zigarren ¹⁾	Rauchtabak ¹⁾	Umsätze insgesamt ²⁾
	1951 in % von 1950			
I. Halbjahr.....	106'4	113'5	105'3	106'6
VII.	111'2	115'8	105'6	112'1
VIII.	122'2	134'3	94'0	118'7

¹⁾ Mengenumsätze. — ²⁾ Wertmäßig.

Die Einnahmen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) sind im August mit 266 Mill. S nahezu unverändert geblieben (+0'7%), waren jedoch um 60% höher als im Vorjahr. Diese Entwicklung entspricht annähernd dem Verlauf der Einzelhandelsumsätze im Juli.

An *Verbrauchssteuern* gingen 153 Mill. S oder um 20% mehr als im Vormonat ein. Neben der Zunahme der Einnahmen aus der Tabaksteuer (+5%), Biersteuer (+19%), Weinsteuer (+10%), Zuckersteuer (+28%), war vor allem die Erhöhung der Mineralölsteuersätze dafür ausschlaggebend.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 485-489

Die Zahl der *Beschäftigten* nahm im August um 12.600 zu und erreichte mit 2,047.100 eine neue Rekordhöhe, die um 54.200 über dem Stand vom Vorjahr lag. In der gewerblichen Wirtschaft dürfte vor

¹⁾ Im Jahre 1950 entfielen von den Gesamtumsätzen der Warenhäuser 81% auf Textilien und Schuhe, 9% auf Möbel, Teppiche und Gardinen. Im August 1951 waren es 77% und 11%.

allem der lebhaftere Fremdenverkehr die Beschäftigung erhöht haben, während in der Landwirtschaft die verspäteten Erntearbeiten die Beschäftigung noch relativ hoch hielten. Daher war auch in acht von den neun Bundesländern die Beschäftigung Ende August größer als Ende Juli; am stärksten nahm sie in Wien zu. Nur im Burgenland stieg die Beschäftigung nicht mehr, da dort weder Fremdenverkehr noch Baukonjunktur eine Rolle spielen und außerdem Bau- und Landarbeiter vor allem an westliche Bundesländer abgegeben wurden.

Die *Arbeitslosigkeit* sank in der ersten Septemberhälfte in Wien, Niederösterreich und Vorarlberg, stieg aber in allen übrigen Bundesländern, so daß die gesamtösterreichische Arbeitslosigkeit nur noch um etwas über tausend Personen zurückging.

Beschäftigtenstand nach Bundesländern

Bundesland	Juni	Juli	August
	in 1.000 Personen		
Wien	621'1	620'7	624'4
Niederösterreich	298'4	299'6	301'7
Steiermark	295'6	298'5	300'6
Kärnten	131'2	133'3	134'4
Oberösterreich	301'1	302'8	303'9
Salzburg	104'2	105'8	106'7
Tirol	107'1	110'2	111'8
Vorarlberg	65'3	67'0	67'3
Burgenland	33'6	34'6	34'4

Das *gesamte Arbeitskräfteangebot* (Beschäftigte plus Stellensuchende) stieg weiter; es betrug im Durchschnitt der ersten acht Monate 1949 2,025.200 Personen, 1950 2,066.100 und 1951 2,093.800. Von den 27.700 Personen, die seit Jahresfrist dem Arbeitsmarkt neu zuströmten, waren 18.300 Frauen. Da neue Arbeitskräfte ständig zuströmten, sank die Zahl der Arbeitslosen etwas weniger, als die Zahl der Beschäftigten zunahm. Während die Zahl der Beschäftigten im August um 54.200 höher war als im gleichen Monat des Vorjahres, war die Zahl der Arbeitslosen (Stellensuchende) mit 70.600 nur um 20.700 (23%) niedriger. Die Arbeitslosigkeit in Prozent des Arbeitskräftepotentials (Beschäftigte plus Arbeitslose) sank gegenüber dem Vorjahr von 4'4% auf 3'3%.

In den konjunkturbegünstigten Branchen ist die Arbeitslosigkeit relativ besonders stark gesunken. So gab es Ende August nur noch halb so viel arbeitslose Holzarbeiter, Steinarbeiter und Eisen- und Metallarbeiter als vor einem Jahr. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ging etwas weniger zurück (um 39%), weil ein regionaler Ausgleich nur beschränkt möglich war. Von den 1.151 arbeitslosen Bauarbeitern waren nämlich nur 157 ausgleichsg geeignet, d. h. auch außerhalb ihres Wohnortes verwendbar. Dennoch war die Zahl der arbeitslosen Bau-

arbeiter niedriger als am 31. August 1947, als die Gesamtarbeitslosigkeit mit 40.000 ihren Nachkriegstiefpunkt erreichte. Das gleiche gilt für Bergleute und Landarbeiter.

Dagegen ist die Arbeitslosigkeit in der chemischen Industrie gegenüber dem Vorjahr um 12% und in der Nahrungsmittelindustrie um 1% gestiegen. Die chemische Industrie beschäftigt jetzt doppelt so viele Menschen wie in der Vorkriegszeit (40.000 gegen 20.000), und es ist klar, daß in einer solchen stürmischen Expansion gelegentlich Anpassungen vorkommen, bei denen Arbeitskräfte wieder abgegeben werden. Dagegen hat die Nahrungsmittelindustrie an der allgemeinen Produktionsausdehnung im laufenden Jahr nicht teilgehabt und durch das 5. Lohn-Preis-Abkommen in einigen Zweigen sogar besonders gelitten. Die Zahl der arbeitslosen Nahrungsmittelarbeiter nahm im August um 140 zu.

Der starke prozentuelle Rückgang der Zahl der Arbeitslosen in den konjunkturbegünstigten Branchen ist um so bemerkenswerter, als die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Beschäftigten bzw. zum Arbeitskräftepotential in diesen Branchen schon wegen des normalen Stellenwechsels sehr niedrig war.

Stellensuchende nach Berufen am 31. August 1951

(31. August 1950 = 100)

Landarbeiter	66'1	Papierarbeiter	81'0
Bergleute	79'8	Graphische Arbeiter	97'2
Steinarbeiter	50'7	Chemische Arbeiter	111'6
Bauarbeiter	60'9	Nahrungsmittelarbeiter	101'4
Metallarbeiter	54'9	Gastgewerbliche Arbeiter	79'4
Holzarbeiter	43'6	Hilfsarbeiter	80'3
Lederarbeiter	60'5	Verkehrsarbeiter	82'3
Textilarbeiter	82'2	Angestellte	85'8
Bekleidungsarbeiter	66'4	<i>Insgesamt</i>	77'3

Die Beschäftigung wird in nächster Zukunft entscheidend durch die Bauwirtschaft beeinflußt werden. Die Erhöhung der Mietzinse um 700 bis 800 Mill. S wird die Beschäftigung in der Bauwirtschaft beleben, wenn auch nur ein Teil dieses Betrages für Reparaturen verwendet wird und vor allem nur ein kleinerer Teil dieser Summe schon in nächster Zeit verfügbar ist. Dagegen lassen eine Reihe anderer Momente eine höhere Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe erwarten. Die Forcierung der Bautätigkeit im Frühjahr und Sommer hat nicht nur berufsfremde Arbeitskräfte in die Bauwirtschaft geführt, sondern auch die öffentlichen und privaten Budgets übermäßig ausgeschöpft. Wenn daher die Bauaufträge in nächster Zeit zurückgehen, wird auch eine erheblich stärkere Spitze in der Winterarbeitslosigkeit zu erwarten sein. Eine Eindämmung der Winterarbeitslosigkeit wird daher, nicht zuletzt deshalb, weil man in der Sommersaison es versäumt hat die Bautätigkeit

gleichmäßiger zu verteilen, wieder von der rechtzeitigen und tatkräftigen Durchführung öffentlicher Bauarbeiten abhängen.

Die künftige Beschäftigung könnte auch wieder stärker vom Export und der Rohstoffversorgung beeinflusst werden. Das rasche Steigen der Inlandspreise beginnt bereits die Ausfuhr der arbeitsintensiven Fertigwaren zu behindern. Eine Verschärfung der Kohlenknappheit und die Schwierigkeiten beim Bezug anderer Rohstoffe aber könnten die Arbeitslosigkeit von der Produktionsseite her erhöhen.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 490—491

Die Zahl der im Güterverkehr der Bundesbahnen geleisteten Netto-Tonnenkilometer lag im August mit 515'3 Mill. wenig unter dem Juliergebnis (533'4 Mill.). Ebenso nahmen die Zugs- und Wagenachskilometer sowie die täglichen Wagengestellungen ab. Der im August saisonübliche Rückgang der Güterverkehrsleistungen war diesmal fast ausschließlich auf einen niedrigen Transitverkehr zurückzuführen, während im Binnenverkehr die Transportnachfrage ebenso lebhaft war wie in den Vormonaten. Auch die Leistungen in der Ein- und Ausfuhr blieben mit 850.785 t nahezu unverändert. Die Transportwünsche konnten zwar erfüllt werden, doch erschwerten die steigenden Verfrachtungen von Kohle, Holz und Baumaterialien sowie die ersten Rübentransporte die Bereitstellung von offenen Güterwagen. Insgesamt lagen die Leistungen über jenen vom August 1950.

Die Durchfuhr ist nach der sprunghaften Zunahme im Monat Juli (62'9 Mill. Netto-t-km) wieder auf 47'8 Mill. Netto-Tonnenkilometer (-14%) und 187.986 Tonnen (-19%) zurückgegangen. Transporte von schweren Massengütern, wie Kohle, Koks, Bauxit, Schwellen, die im Juli hauptsächlich von Polen und der ÖSR nach Italien befördert wurden, sind ausgefallen. Die im August umfangreicheren Obst- und Gemüsetransporte über Österreich waren von geringerem Gewicht.

Im Personenverkehr steigerten die äußerst lebhaften Ferienreisen den Verkauf von 6'6 Mill. Fahrkarten im Juli auf 7'4 Mill., das ist um 15% mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres und im Monat Juli. Die für 1. September angekündigte Tarifierhöhung ließ viele ihre Reisen vorverlegen. Auch das Pfadfinder-Treffen in Bad Ischl hat den Reiseverkehr stark belebt.

Im Fremdenverkehr wurden in den ersten acht Monaten des Jahres 12'96 Mill. Übernachtungen gezählt, um 19'7% mehr als in der gleichen Zeit des

Vorjahres; diese Zahl lag jedoch im gleichen Verhältnis unter dem entsprechenden Stand von 1937. Die zunehmende Beliebtheit des Wintersportes (Inländer) ergab für die Monate Jänner bis April, wie überhaupt für die ganze Wintersaison 1950/51¹⁾ höhere Übernachtungszahlen (+4'9% und 5'9%) als 1936/37, während sie in den ersten vier Monaten der Sommersaison noch um 28% zurückblieben. Diese unterschiedliche Entwicklung erklärt sich vor allem daraus, daß der Inländerverkehr in den Sommermonaten wegen des zahlenmäßig geringeren Wiener Reisepublikums noch relativ schwächer ist als in der Vorkriegszeit. Der Ausländerverkehr blieb im Winterhalbjahr um 26% unter dem Vorkriegsstand, nahm dafür aber in den Sommermonaten sprunghaft zu und erreichte von Mai bis August bereits knapp 90% von 1937.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Jahre 1950

Monat	Insges. 1.000 Über- nach- tungen	Vergleichsmonat		Inländer 1.000 Über- nach- tungen	Ver- gleichs- monat 1950 = 100	Ausländer 1.000 Über- nach- tungen	Ver- gleichs- monat 1950 = 100
		1950	1937 = 100				
Jän.—April ..	3.237'1	121'8	104'9	1.998'9	122'0	1.238'2	121'6
Mai.....	951'7	116'9	83'5	725'6	115'4	226'1	122'0
Juni.....	1.504'5	120'8	77'2	1.028'9	118'8	475'6	125'5
Juli.....	3.335'3	124'5	66'3	2.247'5	122'8	1.087'8	128'3
August ¹⁾	3.928'6	114'5	73'1	2.335'1	105'5	1.593'5	130'8
Jän.—August	12.957'2	119'7	78'2	8.336'0	116'1	4.621'2	126'6

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Das ist um so beachtenswerter, als die Besuche aus den Oststaaten, die vor dem Krieg 44% der Frequenz ausmachten, nahezu vollständig durch Gäste aus den westlichen Ländern ersetzt werden mußten. Der Frequenzanteil Deutschlands liegt allerdings noch immer unter dem Vorkriegsstand, so daß die Umschichtung durch einen stärkeren Besuch aus den anderen Weststaaten erreicht wurde. Die Beseitigung der Erschwernisse bei Ausreisen aus Westdeutschland (ab 4. August 1951) kam dem österreichischen Fremdenverkehr sehr zugute, und voraussichtlich dürfte der Vorkriegsstand bald überschritten werden, obwohl die Besucher aus der Ostzone völlig ausfallen.

Unter den Herkunftsländern stand in den ersten acht Monaten Deutschland (29%) an erster Stelle; ihm folgten England (14%), Schweiz (11%), Italien (9%), Frankreich, Holland und die USA. Der weitaus überwiegende Teil aller Ausländer-Übernachtungen entfiel auf Salzburg und Tirol.

Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländer-Fremdenverkehr beliefen sich von Jänner bis August auf 486'30 Mill. S, das sind um 68'5% mehr als in der Vergleichszeit des Jahres 1950 (288'53 Mill. S) und

¹⁾ Siehe „Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1950/51“, in Heft 6 der Monatsberichte, Jg. 1951, Seite 305.

Ausländer-Fremdenverkehr in den einzelnen Bundesländern

Jahr	Österreich	Wien	Salzburg		Tirol	Vorarlberg	Übrige
			1.000	Übernachtungen			
1949 November ..	80'9	38'8	13'7	9'0	9'2	9'1	
Dezember ..	138'3	34'0	19'1	45'5	28'2	11'5	
1950 Jänner	219'2	36'3	24'0	82'2	62'4	14'3	
Februar	297'0	33'6	24'5	101'6	124'5	12'8	
März	310'9	42'8	26'5	77'0	151'2	14'4	
April	191'3	48'7	29'7	43'6	50'8	18'6	
Mai	185'3	47'8	48'0	41'0	19'4	29'1	
Juni	379'1	50'0	110'9	120'8	43'6	53'7	
Juli	848'1	62'1	243'3	284'5	99'0	159'2	
August	1.218'3	85'2	340'0	396'9	157'8	238'4	
September ..	484'6	59'3	159'9	118'8	60'1	86'4	
Oktober	166'7	39'0	55'6	24'5	16'3	31'4	
November...	87'9	31'1	20'1	10'1	10'0	16'5	
Dezember ..	194'5	24'8	32'1	65'8	51'1	20'7	
1951 Jänner	262'8	26'1	39'3	100'2	76'4	20'7	
Februar	355'1	25'1	49'0	127'6	134'5	18'9	
März	447'8	37'1	61'5	129'4	197'5	22'4	
April	172'5	29'5	43'5	40'0	38'1	21'4	
Mai	226'1	44'8	79'3	43'1	19'5	39'4	
Juni	475'6	48'3	155'8	132'0	58'1	81'3	
Juli	1.087'8	66'6	325'2	338'9	138'7	218'3	

um 23'9% mehr, als sich im ganzen Jahre 1950 ergeben hatte (392'27 Mill. S). Die Tagesausgaben betragen demnach 105 S gegenüber 79 S im Vorjahr. Die Einnahmen entsprachen 15'7% des Handelsbilanz-Defizites (39'8% ohne ERP) und betragen, zum Prämienkurs umgerechnet, 18'7 Mill. \$. Obwohl die Frequenz und damit die Dienstleistungen rund 85% des Vorkriegsniveaus erreicht haben, ist die Kaufkraft der Einnahmen aus dem Ausländer-Fremdenverkehr, verglichen mit den entsprechenden Dollareinnahmen, die sich 1937 ergeben hätten (Tagessatz 36 S, 1 \$ = 5'34 S), um 71% gesunken.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 492—494

Der Außenhandelsumsatz konnte im August das hohe Niveau des Vormonates nicht behaupten. Die *Einfuhr* verringerte sich um 148 Mill. S auf 1.107 Mill. S, da vor allem die ERP-Importe um 131 Mill. S zurückgegangen waren, die *Ausfuhr* sank um 141 Mill. S auf 778 Mill. S, vorwiegend den Saisonschwankungen entsprechend.

Die *kommerzielle* Einfuhr sank im August um 17 Mill. S auf 952 Mill. S, weil insbesondere bei der EZU die Ausgangsposition fehlte, die in der ersten Jahreshälfte höhere Importe aus den OEEC-Staaten ermöglicht hatte. Für das neue ERP-Jahr 1951/52, in dem keine Ausgangsposition mehr gewährt werden soll, kam es noch zu keiner endgültigen Regelung mit Österreich; es wurde für das III. Quartal vorderhand ein ECA-Kredit von 15 Mill. \$¹⁾ zur Verfügung

¹⁾ Davon waren bis Ende August 12'1 Mill. \$ beansprucht worden.

gestellt, der später, nach Festsetzung der Jahressumme, abgerechnet werden soll. Er ist viel geringer als die Ausgangsposition des Vorjahres, weshalb auch die Einfuhren aus den OEEC-Staaten eingeschränkt wurden. Sie verringerten sich im August um 70 Mill. S auf den niedrigsten Stand seit Februar d. J. Dagegen stiegen im allgemeinen die Importe aus den anderen Ländern, insbesondere die kommerzielle Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, die sich infolge der vermehrten amerikanischen Kohlenlieferungen (58 Mill. S im August gegenüber 18 Mill. S im Vormonat) von 65 Mill. S auf nahezu 100 Mill. S erhöhte. Damit rückten die USA im August, auch ohne ERP-Lieferungen, an die dritte Stelle der österreichischen Bezugsländer und bestritten ein Zehntel aller kommerziellen Importe Österreichs.

Noch stärker als die kommerzielle Einfuhr verminderte sich die *Ausfuhr*, so daß der kommerzielle Einfuhrüberschuß von 50 Mill. S im Juli auf 174 Mill. S im August hinaufschnellte. Das gesamte Handelsbilanzdefizit (einschließlich der ERP-Einfuhren) sank allerdings infolge des starken Rückganges der Marshall-Plan-Importe von 336 Mill. S auf 329 Mill. S.

Die *Ausfuhr* ging im August von 919 Mill. S²⁾ um 141 Mill. S oder 15% auf 778 Mill. S zurück. Das Ausfuhrvolumen sank auf 97 und fiel damit zum erstenmal in diesem Jahre unter den Jahresdurchschnitt von 1937; es war das niedrigste seit August v. J., als es 86 betrug. Von diesem Rückgang wurden alle zehn Hauptgruppen der gegenwärtigen Warensystematik und die meisten Länderrelationen betroffen. Dagegen stieg die *Ausfuhr* nach Westdeutschland seit Juni andauernd und liegt mit 126'5 Mill. S nur noch unter dem Rekordstand vom November des Vorjahres (178'2 Mill. S).

Der Ausfuhrückgang im August war saisonüblich und ist in diesem Monat ebenso wie im Jänner in der Regel besonders stark. Der saisonbereinigte Index fiel dementsprechend auch nur um etwas mehr als 7%. Der Exportrückgang im August d. J. dürfte auch deshalb so stark gewesen sein, weil die Exporte im Juli außergewöhnlich hoch waren. Außerdem sind die Weltmärkte infolge der Preisrückgänge zunächst abwartend.

Verschlechterung der Preissituation im Export

Die weiteren Exportaussichten werden jedoch durch das rasche Steigen des inländischen Preisniveaus beeinträchtigt. Seit Ausbruch des Korea-Konfliktes sind die Preise in allen Ländern gestiegen.

²⁾ Der im Vormonat gemeldete Wert von 912 Mill. S wurde vom Statistischen Zentralamt auf Grund späterer Informationen auf 919 Mill. S abgeändert.

Solange sich die österreichischen Preissteigerungen im internationalen Rahmen hielten, waren keine nachteiligen Auswirkungen auf die Ausfuhr zu erwarten. Im Gefolge des 4. Preis-Lohn-Abkommens und der starken Kreditausweitung setzten jedoch schon vor dem 5. Preis-Lohn-Abkommen Preiserhöhungen ein, die über den Durchschnitt vieler anderer Länder hinausgingen.

So stiegen die Exportpreise Österreichs von Juni 1950 bis Juni 1951 um 31%¹⁾, die Exportpreise der Schweiz dagegen nur um 5%, von Westdeutschland um 16%, von USA um 20% und von Großbritannien um 21%.

*Exportpreise verschiedener Länder im Juni 1951
verglichen mit Juni 1950*

	Juni 1950 = 100
Österreich.....	131
Belgien.....	139
Finnland.....	169
Westdeutschland.....	116
Italien.....	125 ²⁾
Niederlande.....	120 ²⁾
Schweiz.....	105
Großbritannien.....	121
USA.....	120

¹⁾ Mai 1951.

Das 5. Preis-Lohn-Abkommen erhöhte den Lohnindex um 16%, daneben alle wichtigen Tarife und die Preise zahlreicher Vor- und Halbprodukte. Dadurch stiegen auch die österreichischen Exportpreise von Juni bis August um weitere 11% und lagen im August um 46% über den Preisen von Juni 1950. Diese Wirkung der inländischen Preissteigerung auf die Exportpreise hält weiter an.

Einige konjunkturbegünstigte Industriezweige, die derzeit einen Großteil der österreichischen Ausfuhr bestreiten, dürften allerdings noch immer so weite Gewinnspannen im Export erzielen, daß sie die interne Kostensteigerung tragen können. Dagegen dürfte es vor allem für gewisse Branchen der Fertigwarenindustrie immer schwieriger werden, auf den Auslandsmärkten zu konkurrieren. Ein Rückschlag der Fertigwarenausfuhr aber wäre besonders nachteilig, weil sie ihr Vorkriegsvolumen in manchen Sparten noch bei weitem nicht erreicht hat:

¹⁾ Die Kosten der Exportindustrien dürften jedoch noch stärker gestiegen sein, als der Exportpreisindex zeigt, da bei Verschlechterung der Wettbewerbslage die Kostenerhöhung auf die Exportpreise nicht voll überwältigt werden kann, und Exportgüter, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind, nicht mehr in der Statistik aufscheinen. Das dürfte zum Teil auch erklären, daß die Großhandelspreise für Industriestoffe in der Vergleichszeit um 66% gestiegen sind, die Löhne allerdings nur um 29%.

*Entwicklung des Außenhandelsvolumens
nach wichtigen Warengruppen*

Die Struktur des Außenhandels hat sich gegenüber 1937 stark zu Ungunsten gewisser Gruppen des Fertigwarenexports verschoben. So hat das Exportvolumen der *Konsumfertigwaren*²⁾ im 1. Halbjahr 1951 erst 58% von 1937 erreicht und ist auch gegenüber dem 2. Halbjahr 1950 zurückgegangen. Der Export von Kleidung betrug nur noch 35% von 1937. Die „Halb- und Fertigwaren“ haben sich mit 115% der 1937er-Ausfuhr günstiger entwickelt; sie enthalten aber eine Reihe von Waren (wie Eisen, Stahl und Papier), die von der gegenwärtigen Sonderkonjunktur besonders begünstigt sind. Die anderen Warengruppen dieser Kategorie bleiben zum Teil noch beträchtlich hinter dem Vorkriegsvolumen zurück. Nur vereinzelt ist die Fertigwarenausfuhr gestiegen, wie bei Glaswaren, deren Exportvolumen sich – vor allem nach den Vereinigten Staaten – nahezu vervierfachte. Die beiden anderen Halb- und Fertigwarengruppen, „Maschinen und Verkehrsmittel“ und „Chemische Erzeugnisse“, konnten ihr Vorkriegsvolumen überdurchschnittlich erhöhen. Maschinen sind infolge des hohen Investitionsbedarfes sowohl im Westen als insbesondere auch im Osten stark gefragt³⁾. Die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse erhöhte sich, weil neue große Kapazitäten (Stickstoffwerke in Linz) errichtet wurden und weil ganz allgemein die chemischen Produkte in der industriellen Produktion immer vielfältiger und wichtiger werden. Deshalb stieg nicht nur das Ausfuhrvolumen chemischer Erzeugnisse auf 289% von 1937, sondern auch das Importvolumen auf 220%. Auch die chemische Industrie in der Schweiz konnte ihr Ausfuhrvolumen gegenüber der Vorkriegszeit verdreifachen.

Noch größer als die Ausfuhrsteigerung der chemischen Industrie ist die freilich untypische Zunahme der Weinlieferungen nach Westdeutschland im 1. Quartal des laufenden Jahres; der Volumenindex der Getränkeausfuhr stieg im 1. Halbjahr 1951 auf 545% von 1937; Braunkohlenlieferungen nach Italien führten bei den mineralischen Brennstoffen zu einer Indexsteigerung auf 320%. Die Ausfuhr von Rohstoffen im engeren Sinn (ohne mineralische Brennstoffe und ohne Halbwaren jeglicher Art, wie etwa Eisen) erreichte jedoch nur 90% des Vorkriegsvolumens. Die Ausfuhr von Abfallprodukten der Textilindustrie und von Häuten, die vor dem Krieg

²⁾ Die Ausfuhr von „Konsumfertigwaren“ ist in der ersten der am Schluß des Abschnittes stehenden Tabellen in der Gruppe „Sonstige Fertigwaren“ zusammengefaßt und enthält die in der zweiten Tabelle aufgedgliederten Untergruppen.

³⁾ Siehe Nr. 8 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 413.

eine wichtige Rolle spielte, ist auf unbedeutende Mengen zusammengeschnitten. Hingegen hat das Holz sein Vorkriegsexportvolumen wieder erreicht.

Auch die Einfuhr zeigte im 1. Halbjahr 1951 gegenüber der Vorkriegszeit ein stark verändertes Strukturbild. Das Gesamteinfuhrvolumen lag um etwa 6% über dem Vorkriegsstand¹⁾. Die Maschinen- und Verkehrsmitelefuhre erreichte hingegen ein Volumen von 262%. Dies wird durch die lebhaftere Investitionstätigkeit und dadurch erklärt, daß frühere Produktionsmöglichkeiten (z. B. Personenkraftwagen!) ausfielen.

Der Konsum hinkt hinter der starken Investitionstätigkeit noch immer nach. Trotz Bevölkerungszunahme und Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion war die Einfuhr von Nahrungsmitteln volumenmäßig nicht größer als 1937; sie stammte zu ungefähr gleichen Teilen aus dem Marshallplan und dem kommerziellen Verkehr. Auch das niedrige Einfuhrvolumen bei den Konsumfertigwaren (52%) und den sonstigen Halb- und Fertigwaren (67%) ist nur teilweise auf eine verbesserte Eigenversorgung, zum anderen Teil aber auf das reduzierte Verbrauchsniveau zurückzuführen. Hingegen lag bei den Genussmitteln infolge größerer Tabakkäufe das Einfuhrvolumen um ein Drittel über dem Vorkriegsstand.

Wie bei der Ausfuhr blieb auch in der Einfuhr das Volumen des Rohstoffhandels noch um 10% hinter dem Vorkriegsumfang zurück. Die Einfuhr mineralischer Brennstoffe war hingegen um 20% größer als im Jahre 1937, ist jedoch gegenüber den Vorjahren (1949: 188% von 1937, 1950: 161%) stark zurückgegangen. Das wird teilweise durch die verbesserte Eigenproduktion an elektrischem Strom und an Brennstoffen sowie durch den rationelleren Einsatz der Energiestoffe gerechtfertigt; angesichts des hohen Standes der industriellen Produktion ist jedoch ein Brennstoffeinfuhrvolumen von bloß 120%, ebenso wie das einiger anderer Rohstoffe als ungenügend zu bezeichnen.

¹⁾ 84% der 1937er-Einfuhr kamen im kommerziellen Verkehr herein; die restlichen 22% waren ERP-Einfuhren.

Außenhandelsvolumen im I. und II. Quartal 1951

Hauptgruppen des UN-Code	I. Quartal 1951 1937=100	II. Quartal 1951 1937=100
Einfuhr insgesamt (einschl. ERP)		
0 Ernährung.....	84'2	118'9
1 Getränke und Tabak	142'3	126'2
2 Rohstoffe (ohne Brennstoffe).....	81'0	99'1
3 Mineralische Brennstoffe.....	138'7	101'5
4 Tierische und pflanzliche Öle und Fette.....	84'4	126'8
5 Chemische Erzeugnisse.....	197'6	241'9
6 Halbwaren und Fertigwaren	62'6	71'2
7 Maschinen und Verkehrsmittel	270'8	254'0
8 Sonstige Fertigwaren ¹⁾	51'6	51'6
9 A. N. G. Waren u. sonstige Einf. ²⁾	0'0	0'0
Insgesamt ...	99'1	112'7
Einfuhr kommerziell		
0 Ernährung.....	53'6	49'5
1 Getränke und Tabak	97'9	113'7
2 Rohstoffe (ohne Brennstoffe).....	68'7	83'2
3 Mineralische Brennstoffe.....	137'1	101'2
4 Tierische und pflanzliche Öle und Fette.....	66'9	95'6
5 Chemische Erzeugnisse.....	184'3	237'4
6 Halbwaren und Fertigwaren	58'5	66'4
7 Maschinen und Verkehrsmittel	220'8	220'1
8 Sonstige Fertigwaren ¹⁾	47'5	49'9
9 A. N. G. Waren und sonstige Einf. ²⁾	0'0	0'0
Insgesamt... ..	81'9	85'1
Ausfuhr insgesamt		
0 Ernährung.....	50'3	56'3
1 Getränke und Tabak	953'1	136'8
2 Rohstoffe (ohne Brennstoffe).....	89'3	90'6
3 Mineralische Brennstoffe.....	445'6	194'7
4 Tierische und pflanzliche Öle und Fette.....	8'7	6'2
5 Chemische Erzeugnisse.....	354'7	222'4
6 Halbwaren und Fertigwaren	110'4	118'9
7 Maschinen und Verkehrsmittel	179'1	181'6
8 Sonstige Fertigwaren ¹⁾	54'0	61'8
9 A. N. G. Waren und sonstige Ausf. ²⁾	65'9	41'7
Insgesamt... ..	111'5	111'6

¹⁾ Hauptsächlich Konsumfertigwaren. — ²⁾ Lebende Tiere, nicht für Ernährung bestimmt.

Ausfuhrvolumen der Konsumfertigwaren

	2. Hj.		1951				
	1950	Jänner	Feb.	März	April	Mai	Juni
				1937 = 100			
Feinkeramik f. Haushalt- u. Wirtschaftszwecke	139'68	38'68	61'24	95'21	93'73	49'13	120'12
Sanitäre Anlag. u. Beleuchtungseinr.	38'12	37'30	40'05	44'30	33'92	20'33	42'82
Möbel	307'37	302'82	275'38	15'51	70'38	57'44	42'44
Koffer- u. Taschenwaren	41'72	108'02	22'64	62'75	330'09	73'93	130'95
Kleidung.....	53'52	32'75	42'51	49'55	31'78	28'20	26'20
Schuhwaren.....	161'77	64'67	51'51	13'16	196'55	44'93	5'84
Feinmech. u. opt. Erzeugn., Uhren ...	84'43	61'38	100'13	102'84	88'32	68'42	101'54
Versch. Fertigw. A. N. G. ¹⁾	101'59	58'43	59'69	53'69	44'74	43'94	64'96

¹⁾ Musikinstrumente, Bücher und Zeitschriften, Zündhölzer, Spiel- und Sportwaren, Büroartikel, kunstgewerbliche Waren etc.